

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 258 · 22. JAHRGANG · AUSGABE 7/2016 VOM 21. JUNI 2016 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **200 Kita-Plätze fehlen
in Eberswalde**
Stadtverwaltung verzögert Antwort

11 | **Die zwei Diktaturen
im 20. Jahrhundert**
Zur Kontinuität von Herrschaft

14 | **22. Juni 1941: Der
gescheiterte »Blitzkrieg«**
Eberswalder Schützen waren dabei

Medizinische Versorgung in Eberswalde:

Im freien Spiel der Kräfte?



Am 13. Juni hatte die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung zu einer Gesprächsrunde zur medizinischen Versorgung in Eberswalde eingeladen. Es ist nur zu verständlich, daß angesichts der Brisanz des Themas sehr viele Bürger mit vielen Fragen und großen Erwartungen an deren Beantwortung dieser Einladung folgten. Es verdient Anerkennung, daß der FDP-Stadtverordnete Martin Hoeck seine Verbindungen zur Naumann-Stiftung nutzte, die kompetente Gesprächspartner zu diesem schwierigen Unterfangen einlud und im Thema der Einladung auch auf die diesbezüglichen Chancen der Kommunalpolitik verwies. Chancen? Oder ist es vielleicht doch eher Machtlosigkeit auf kommunaler Ebene?

Bereits im vorigen Jahr hatte sich der städtische Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration mit dieser Thematik auseinandergesetzt und die unbefriedigende Aussage des Vertreters der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg, Dr. Andreas Schwark, Eberswalde sei medizinisch überversorgt und lange Wartezeiten hätten etwas mit dem mangelnden Zeitmanagement mancher Ärzte zu tun, erstaunt und verwundert zur Kenntnis genommen. Sicher auch aus diesem Grund fanden sich unter den Teilnehmern viele Stadtverordnete, hoffend, dieses Mal befriedigendere Antworten zu bekommen und zu erfahren, welche Anreize die Kommunalpolitik setzen kann.

Stattdessen bekräftigte Dr. Schwark jedoch die bekannte Aussage vom Überversorgtsein, was auch die jüngsten statistischen Angaben vom 31. Mai belegen würden. Niedergelassene Ärzte agieren privatwirtschaftlich als Unternehmer, denen man nicht vorschreiben könne, wo sie sich niederlassen. Aktuell gebe es vier freie Stellen für Eberswalde, die schwierig zu besetzen seien. Eine staatliche Regulierung, so antwortete man einer Fragenden, sei nicht möglich.

Bezüglich solcher Aussage ist die Kommunalpolitik in der Tat gefordert. Es reicht doch nicht aus, nun zum wiederholten Male den Status quo zu konstatieren, sondern es gilt, Regulierungen einzufordern und gegebenenfalls die Bedingungen für junge Ärzte zu verbessern.

Man kann doch die Problematik der ärztlichen Versorgung nicht wie eine Ware handhaben, unter dem Motto, daß der Markt reguliert und das freie Spiel der Kräfte wirkt. Hier geht es um ganz grundsätzliche Fragestellungen, die die jetzige Kommunalpolitik nicht zu lösen vermag.

Das anwesende Mitglied des Brandenburger Landtages Margitta Mächtigt (Die Linke), in Potsdam als Koalitionspartner mit in der Regierungsverantwortung, folgte der Veranstaltung als stumme Zuhörerin. Selbst in der Phase der sehr kontroversen Diskussion sah sie sich nicht zu einer Meinungsäußerung veranlaßt.

Ist es nicht befremdlich, daß eine Vertreterin der Landespolitik es nicht wagt, öffentlich die verfehlte Politik zu interpretieren, zu verteidigen oder ggf. zu kritisieren? Nichts war zu spüren von konsequent links und 100% sozial.

Mir fällt auch wieder die unsägliche Diskussion um das Fachmarktzentrum in Finowfurt ein. Da darf die staatliche Regulierung voll zuschlagen und man übt im Interesse eines starken Mittelzentrums Eberswalde Zwänge aus. Verkehrte Welt?

Eine qualitativ hochwertige, flächendeckende und wohnortnahe medizinische Versorgung ist doch keine Ware wie Lebensmittel, Schuhe und Bekleidung. Sie ist zwingend notwendiger Bestandteil der Daseinsvorsorge, zu der der Staat verpflichtet ist. Sie muß eine Selbstverständlichkeit und soziales Programm für alle sein.

Zur Realisierung bedarf es keiner Anreize und Lockmittel, sondern effizienterer Bundespolitik, die es ermöglicht, daß sich Ärzte unter optimalen Rahmenbedingungen voll auf ihre medizinische Tätigkeit ausrichten können und bereits in ihrer Ausbildung entsprechende zukunfts-trächtige Bedingungen geschaffen werden.

Aber bis dahin ist es wohl noch ein weiter Weg!

Dr. ILONA PISCHEL

Leitfossilien

Durch Leitfossilien lassen sich Zeitabschnitte charakterisieren. Wir berichten über zwei Typen, den deutschen Mann und den gnädigen Herren, deren Zeit nun abgelaufen ist.

Der deutsche Mann, auch schon mal bürgerlicher Herkunft, hatte eine gediegene militärische Ausbildung und ein langes Leben. Das macht hart und unnachgiebig. Man war körperlich fit und vorzugsweise Offizier in der Etappe und im Widerstand. Wenn man den großen Krieg auch nicht gewinnen konnte, dann sollte doch danach die freiheitlich demokratischen Grundordnung mit Androhung militärischer Gewalt verbreitet werden.

Bis nach Amerika fuhr der deutsche Mann und bettelte um die Stationierung von nuklearen Kurzstreckenraketen. Dumm war nur, dass diese Atomraketen auf uns, seine lieben Brüder und Schwestern im Osten gerichtet waren und die Amerikaner ihre Finger am Abzug hatten. Ohne den tatkräftigen Einsatz der gnädigen Herrn hätte das leicht schief gehen können.

Zum Glück muß man heute so etwas nicht mehr machen. Vom Krieg und Militär sind wir geheilt. Konflikte zwischen Staaten werden in Europa ohne militärische Gewalt friedlich ausgetragen. Jetzt haben wir unsere eigene kleine Armee, bei der das Gerät nicht funktioniert und die Soldaten halbtags üben. Mit den alten Feinden spielen wir Fußball und im Fernsehen wird nicht mehr geraucht.

Die gnädigen Herrn traf die Gnade der späten Geburt mit voller Wucht. Sie durften nicht zum Militär und mußten in der Besatzungszone aufwachsen. Manchen Vater hatten die Russen abgeholt. Solche Knaben übernahmen zeitig Verantwortung. Da half ein festgefügt, stabiles Weltbild, um in feindlicher Umgebung auszuhalten und den Umsturz vorzubereiten.

In der Welt der gnädigen Herrn gab es gute und schlechte Menschen, Freund und Feind, Einen, der alles weiß, und seine Gehilfen, die sie durch die dunkle Welt führen. Wer sich als schlechter Mensch den gnädigen Herren bedingungslos unterwarf, hatte Gnade verdient, konnte Diktaturen überstehen und durfte auch Ämter in der westlichen Wertegemeinschaft übernehmen. Manche gnädige Herren konnten nach einer gewissen Zeit aufrichtiger Buße sogar den abartig kommunistisch Gesinnten und Spitzeln verzeihen. Von gnädigen Herrn, Gnade und Unterwerfung sind wir geheilt.

Mittlerweile sind wir emanzipiert und handeln selbstbestimmt. Ein paar Unbelehrbare reformieren die Verwaltung. Wir sind reich und freundlich, schützen die Tiere im Zoo, essen glutenfrei und trinken vegane Milch. Dazwischen flattern Wiedergänger aus dem Gau mit Trumpf auf ihren Gebetsteppichen durchs Land. Die Zeitungen machen den Wind dazu. Das Fernsehen sucht den Superstar. Und immer wieder wächst das Gras.

Dr. MANFRED PFAFF

Rußlandsanktionen und Milchpreise:

Die wahren Ursachen nicht verschweigen

Bei der Diskussion über den Preisverfall bei Milch und die damit verbundene Existenzbedrohung der Milchbauern wird von manchen Medien verschwiegen, daß dafür eine wesentliche Ursache in dem von der russischen Regierung verhängten Importstopp für Milch- und Milcherzeugnisse liegt, der wesentlich zum Überangebot und Preisverfall beiträgt und allein für die Bauern in Brandenburg einen Schaden von etwa 100 Millionen Euro zur Folge hat. Er erfolgte bekanntlich als Antwort auf die gegen Rußland verhängten Sanktionen durch die USA und die EU. Die jetzt diskutierten umfangreichen Subventionen aus Steuergeldern

der Bürger lösen nicht das Problem. Die vom Landwirtschaftsminister Schmidt (CSU) »in Aussicht« gestellte Hilfe für die Milchbauern in der BRD deckt gerade einmal 10 % der Verluste und ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Vielmehr wäre es notwendig, die sinnlose Sanktionspolitik zu beenden, die sich beiderseitig nur zum Schaden der Wirtschaft und der Bürger auswirkt. Das wäre gleichzeitig ein richtiger Schritt zur politischen Entspannung zwischen Rußland und der EU, der den Weg für gemeinsame Handlungen zur Befriedung in Kriegs- und Krisengebieten erleichtern würde.

Dr. HELMUT KOCH

Anderen Mut machen

»Offene Worte« mit Mathis Oberhof

Gast der nächsten »Offenen Worte mit Dagmar Enkelmann« ist Mathis Oberhof. Der 1950 in Bremen geborene Oberhof war 2012 einer der Initiatoren des RUNDEN TISCHES WANDLITZ, der beispielgebend Willkommenskultur für Geflüchtete entwickelte. Inzwischen hat Oberhof die »Geschichte einer gelungenen Integration« zu einem Buch verarbeitet und will damit anderen Mut machen. Er charakterisiert sich selbst als »religiösen Sozialisten«.

Über Stationen seines Lebens, politische Erfahrungen in Ost und West sowie über sein Buch wird in der nächsten Veranstaltung der »Offenen Worte« am Sonntag, dem 26. Juni, ab 10 Uhr, zu reden sein. Und es darf mit einem Überraschungsgast gerechnet werden.

Veranstaltungsort ist diesmal die Cafeteria im Meyer-Wittwer-Bau, BAUHAUS DENKMAL Bundesschule in Bernau – Waldfrieden, Fritz-Heckert-Straße. Wie immer ist der Eintritt frei.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Unabhängigkeitstag

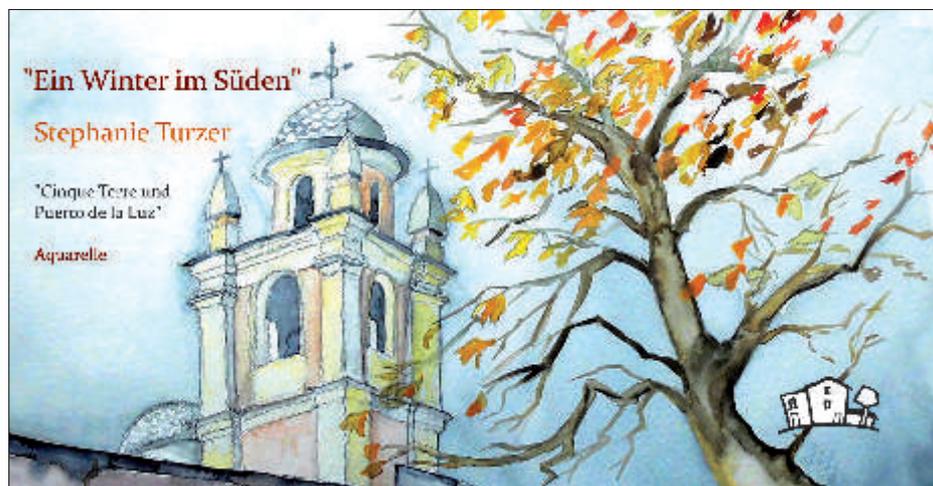
Eberswalde (palanca). Am 16. Juli feiert der Afrikanische Kulturverein Palanca e.V. von 13 bis 17 Uhr den Unabhängigkeitstag von Somalia mit einem Offenen Somalia-Treffen und gemeinsamen Essen. Ort: Rofin-Park.

Lunch-Bufferet in Waldfrieden

Die LINKE Bernau lädt im Anschluß an die Veranstaltung »Offene Worte mit Dagmar Enkelmann« am Sonntag, dem 26. Juni, ab 12 Uhr zu einem Lunch-Bufferet vor den Meyer-Wittwer-Bau, BAUHAUS DENKMAL Bundesschule in Bernau Waldfrieden, Fritz-Heckert-Straße ein. In ungezwungener Atmosphäre können Anwohner und Besucher mit SÖREN-OLE GEMSKI, dem Kandidaten der Linken für die Wahl des Ortsbeirates Waldfrieden und weiteren Vertretern der Stadtpolitik ins Gespräch kommen.

THOMAS SOHN

Busverbindung nach Bernau-Waldfrieden ab Bahnhof Bernau mit der Linie 903, Richtung Wandlitz/Marienwerder bis Haltestelle Waldfrieden, verkehrt stündlich.



Vernissage der 110. Ausstellung der Mühle am 25. Juni, um 14.30 Uhr. Ausstellungsdauer vom 25.6. bis 10.7., jeweils Samstag und Sonntag von 14.30 bis 18 Uhr oder nach Vereinbarung.

Weitere Termine in der Zainhammer Mühle (www.diemuehle.de):

2. Juli, 19 Uhr – Theater Akzent spielt »Meine Schwester« (Kartentelefon: 03334/289580).

9. Juli, 19 Uhr – 1. Mühlenabend mit der »Schwärzefüße ComedyBluesBand (Karten: 03334/281036).

Eberswalder Kunstverein »Die Mühle e.V.«, Am Zainhammer 3b, 16225 Eberswalde.

Erster Panketaler Runder Tisch

Am 9. Juni fand der »1. Runde Tisch Panketal« statt. Die Initiatoren der Panketaler Straßenbau Bürgerinitiativen der BI »TEG 19-21«, BI »BINE Neu-Buch TEG IV« und der »IG ETS« (Ernst-Thälmann-Straße) hatten dazu eingeladen.

Gegenstand war die derzeit unbefriedigende Situation der Zusammenarbeit zwischen Bürgerschaft, Gemeindevertretung und Verwaltung Panketals beim Straßenausbau. Teilnehmer des 1. Runden Tisch Panketals waren die Fraktionen Bündnis Panketal sowie der Unabhängigen Grünen und des Bündnis 90/Die Grünen. Die Initiatoren des Runden Tisches wollen sich dafür einsetzen, daß vor allem in Bezug auf den Straßenausbau den Bürgerinteressen künftig mehr Gewicht beigemessen wird, unabhängig davon, ob deren Straßen bereits ausgebaut sind oder der Ausbau noch bevorsteht.

Zum Ende des 1. Runden Tisch Panketals erklärten die Initiatoren:

Wir wünschen uns als Bewohner der Gemeinde Panketal:

– eine aktivere Beteiligung und Einbeziehung an der Mitgestaltung in unserer Gemeinde

– daß unsere BI's als Gruppeninteressenvertreter der in Panketal wohnenden Bürger zu Schwerpunkten als gleichberechtigte Partner gegenüber der Gemeindevertretung, deren Ausschüssen und der Verwaltung Panketals wahrgenommen werden

– den Dialog mit den politischen Gremien der Gemeindevertretung und den Vertretern der Verwaltung

– als Vermittler zwischen den gesellschaftlichen Institutionen und den Panketaler Anwohnern aufzutreten und uns so für eine bessere Bürgerbeteiligung und Akzeptanz einzusetzen

Hiermit geben die genannten Panketaler Straßenbau-BI's ihren Zusammenschluß als »Runder Tisch Panketal« bekannt.

LIANE REINECKE,

BINE Bürgerinitiative Neu-Buch

Ortsbeiratswahl in Bernau-Waldfrieden:

Mehr Mitsprache im Ortsteil

Bernau (wk/bbp). Am 10. Juli finden in Bernau-Waldfrieden Wahlen zum Ortsbeirat statt. Der Ortsteil war im Januar mittels Änderung der Hauptsatzung durch die Bernauer Stadtverordneten neu gebildet worden.

Dem Ortsbeirat sollen drei Mitglieder angehören. Ende April hat die Bernauer LINKE auf einer Mitgliederversammlung Sören-Ole Gemski als ihren Kandidaten für den Ortsbeirat Bernau-Waldfrieden gekürt.

Aktuell bestimmen insbesondere die im Ortsteil neu entstandenen Unterkünfte für Flüchtlinge und Asylbewerber die Diskussion. Anknüpfend an die gute Entwicklung des Stadtteils, die sich u. a. in der Rekonstruktion des Bauhausdenkmals, der Ansiedlung von kleinen und mittleren Unternehmen und im Zuwachs an Einwohnern zeige, will sich Gemski um die weitere Ausgestaltung des Ortsteils und die Lösung von Alltagsproblemen einsetzen.

Dabei setzt er »auf die bewährte Zusammenarbeit mit ortsansässigen Vereinen, Gewerbetreibenden und den Bürgern«. So sollen gemeinsam ein Ortsentwicklungskonzept erarbeitet und Vorschläge für den Ausbau der Infrastruktur, insbesondere hinsichtlich Einkaufsmöglichkeiten und Gastronomie, unterbreitet werden. Unabhängig sei die Verbesserung des ÖPNV, die Anbindung des Ortsteils mit öffentlichen Verkehrsmitteln an das Stadtzentrum. Ferner will sich der Kandidat der Linkspartei für eine weitere gedeihliche Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens durch Förderung der Tätigkeit der Vereine und Einrichtungen wie des »SV Grün-Weiß-Bernau«, der »Waldstrolche« oder der Wohnungsgenossenschaft GeWaWo einsetzen. Nicht zuletzt will er gute nachbarschaftliche Beziehungen mit den Übergangsheimen, den Ausbau der Kontakte zu und eine rasche Integration der Neubürger befördern.

Wieder ein Allgemeinarzt im Kiez

Eberswalde (bbp). Dr. Jörg Mocek hat Wort gehalten. Im Februar antwortete der Geschäftsführer der kreiseigenen Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH (GLG) auf eine Initiative des Vorsitzenden der Fraktion Alternatives Wählerbündnisse Eberswalde Carsten Zinn: »Ihre Information zur medizinischen Versorgungssituation im Brandenburgischen Viertel von Eberswalde habe ich aufgenommen. Sollte es zukünftig von Seiten der GLG mbH Wege zur Verbesserung der genannten Situation geben, werde ich Ihre Hinweise im Rahmen unserer Möglichkeiten berücksichtigen.« Nun hat er bestätigt, daß am 1. Juli durch die GLG wieder eine Praxis im

Brandenburgischen Viertel eröffnet wird. Nach Recherchen des Kiezmagazins MAXE öffnet die GLG-Praxis in den gleichen Räumen, die bis Ende des vorigen Jahres die ehemalige Ärztin Irene Jordan nutzte. Zunächst soll hier ein Teilzeit-Angebot realisiert werden. Eine zweite Ärztin ist bereits vertraglich gebunden, wird aber erst nach ihrer Elternzeit für den demnächst die Welt erblickenden Nachwuchs für die Patienten im Kiez zur Verfügung stehen.

Insgesamt, meint Carsten Zinn, sei dies ein positiver Ausblick für die Menschen im Brandenburgischen Viertel, der ohne das Engagement der GLG kaum möglich gewesen wäre.

Streit in der BI

Die »Nacht- und Nebelaktion« auf der 123. Demo am 31. Mai, womit vier Mitglieder der BI ihren Austritt aus dem Organisationskomitee erklärten, zeigt, daß Mehrheitsbeschlüsse ohne Parteilinie von diesen »wahren Demokraten« schwer zu akzeptieren sind. Die Spaltungsbestrebungen und deren Kräfte im Hintergrund waren uns bekannt. Wir haben keine Dienstag-Demos abgesagt.

Die BI hat am Abend des 31. Mai 2016 beschlossen, ihre Arbeit auf sachbezogener Ebene fortzusetzen. Kritische Auseinandersetzungen wird es dabei weiterhin geben.

Wir sind für eine Fortsetzung der begonnenen Zusammenarbeit mit der WAV-Führung, mit den Bürgermeistern aller Gemeinden, besonders von Bernau, und den Stadtverordneten und Gemeindevertretern vor Ort.

Bürgerinitiative (BI)

im Gebiet des WAV »Panke/Finow«

Kulturbahnhof Biesenthal:

Verschenkemarkt

Am Sonntag, den 26. Juni, tummeln sich von 14 bis 17 Uhr wie jedes Jahr Schenkende und Beschenkte rund um den Biesenthaler Kulturbahnhof. Kommt alle und bringt ungenutzte Dinge mit, die für andere Menschen noch einen Wert haben könnten. Kultur, Kuchen und Kaffee sind ebenso ohne Kosten, so daß es ein lebendiger Markt ohne Geldeinsatz werden kann.

WUKANIA E.V. und LOKALE AGENDA 21 BIESENTHAL veranstalten den Verschenkemarkt und freuen sich über rege Beteiligung.

BEATE GOLLNAST

www.bar-blog.de

Irritationen zum Nazifest

Finowfurt (bbp). Das für das Wochenende vom 17. bis 19. Juni auf dem Grundstück der Familie Mann im Schorfheider Ortsteil Finowfurt angemeldete Musikfestival mit diversen Nazi-Bands ist von der Gemeinde Schorfheide und dem Landkreis Barnim verboten worden. Die Veranstalter rechneten mit 500 Gästen. Am 17. Juni hatte das Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) nach einem Eilantrag des Veranstalters das zwischenzeitlich auf einen Tag reduzierte »Sonnentanz Festival« dann aber doch genehmigt bzw. den sofortigen Vollzug des Verbots ausgesetzt. Kurzfristig mobilisierten antifaschistische Gruppen zu einer Gegendemo in Finowfurt. Am Abend des 18. Juni wurde dann bekannt, daß es kein Nazi-Konzert gibt. Ungeachtet des Hin und Her war ein größeres Polizeiaufgebot in Finowfurt im Einsatz, obwohl sich kaum Nazis sehen ließen.

Ordnung ins Chaos

Eberswalde (bbp). Um Ordnung in das »Chaos im Tourismusamt« (BBP 6/2016) zu bringen, gab es zu dem in Schubladen verschwundenen Tourismuskonzept von 2009/10 eine Nachfrage. Der Leiter des Amtes für Wirtschafts- und Tourismusförderung Dr. Jan König konnte mit Unterstützung des Kämmerers Sven Siebert, nunmehr die Frage nach den dafür verausgabten Kosten beantworten. Demnach kostete die Erstellung des abgelegten Tourismuskonzepts 31.897,06 Euro. Ansonsten konnte oder wollte Dr. König wenig Neues beitragen.

Etwas ausführlicher, sogar in schriftlicher Form, antwortete der Amtsleiter auf die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom April. Auch hier verwies Dr. König auf den »personellen Umbruch im Jahr 2010/11«, die daher fehlende Übergabe und »unsortierten Unterlagen« sowie die deshalb erfolgte »Neuorientierung der Schwerpunkte innerhalb des Amtes«.

Das Tourismuskonzept von 2009/10 hatte laut Dr. König »die Schaffung einer konzeptionellen und strategischen Grundlage für die Ausrichtung und damit für Arbeitsschwerpunkte insbesondere des Amtes für Wirtschaftsförderung und Tourismus im Bereich Tourismus« zum Ziel. Warum es keine Diskussion und Beschlussfassung in der StVV gab, weiß der Amtsleiter nicht. Er vermutet, daß es »eine Überschneidung bei der Bearbeitung der Studie und dem Ausscheiden einiger Mitarbeiter« gab. »Da die inhaltliche Ausrichtung in der dem Amt vorliegenden Fassung (Positionierung: Eberswalde als erste Adresse für Kultur- und Bildungstourismus, Organisation von entsprechenden Veranstaltungen) nicht den neuformulierten Ansprüchen genügte und eine inhaltliche Übergabe nicht möglich war, wurde seitens des neubesetzten Amtes an dieser Studie nicht weiter gearbeitet.« Sie wurde nicht als Konzept beschlossen und es gab »auch keine entsprechende politische Diskussion«. Daher »kann die erarbeitete Fassung nur als bis dahin vorliegender Arbeitsstand interpretiert werden. Es kann auch nicht beantwortet werden, ob die dem Amt vorliegende Version der Studie die finale Fassung darstellt.«

Einige Maßnahmen wie das Turmdiplom oder der Industriekulturpfad setzte das Amt noch in alter Besetzung um. Die als sehr dringlich eingestufte »Professionalisierung der touristischen Internetpräsenz« wurde nach der Neubesetzung realisiert. Andere Maßnahmen wie die Beteiligung an Messen, die Weiterbildung sowie die Printmedienerstellung erfolgten und erfolgen regelmäßig. »Nicht umgesetzt wurden z.B. der Aufbau eines bildungstouristischen Kompetenzzentrums (Beginn baldmöglichst), der Pfad der Nachhaltigkeit (Beginn baldmöglichst), die Initiierung eines Event-Preises (sehr dringlich), Sightjogging (nachrangig), die Schaffung einer Stelle des Stadtschreibers (weit nachrangig) oder die Gründung eines Tourismusvereines (sehr dringlich).« Die vollständige Antwort von Dr. König ist auf der Internetseite der Stadt Eberswalde im Sitzungsdienst abrufbar.

200 Kita-Plätze fehlen in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Bereits im Mai hatte die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde in der Sitzung des städtischen Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport (ABJS) Fragen zur Kinderbetreuung gemäß dem »Maßnahmepapier zur Teilhabe von Flüchtlingen« gestellt. Eine Antwort seitens der Stadtverwaltung blieb bisher aus, »weil es einer umfangreichen Ausarbeitung bedarf, wo u.a. der Landkreis Barnim zuarbeiten muß«, wie Dezernent Bellay Gatzlaff zur Ausschusssitzung am 11. Mai informierte. Auch zur darauffolgenden ABJS-Sitzung am 9. Juni gab es noch keine Antwort. Der Dezernent versprach: »Wenn die Zuarbeiten vorliegen, werden wir antworten.«

Laut »Maßnahmepapier« lebten im März 780 bis 850 Flüchtlinge bzw. Asylsuchende in Eberswalde, darunter rund 300 Kinder und Jugendliche, von denen 100 Schulen in der Stadt Eberswalde besuchen. Leider fehlen Angaben zur Altersstruktur dieser Kinder und Jugendlichen. Die Fraktion fragte daher:

1. Wie viele dieser Kinder und Jugendlichen sind im Krippenalter (0 bis 3 Jahre), im Kindergartenalter (4 bis 6 Jahre), im Grundschulalter I (7 bis 9 Jahre), im Grundschulalter II (10 bis 12 Jahre), im Oberschulalter Sek I (13 bis 16 Jahre), im Berufsschul- bzw. Oberschulalter Sek II (17 bis 18 Jahre)?
2. Wie viele dieser Kinder und Jugendlichen (aufgeschlüsselt nach den Altersgruppen gem. Frage 1) besuchen aktuell Kindertagesstätten bzw. Schulen?
3. Wie werden die Kinder betreut, die noch keinen Bleiberechtsstatus haben? Haben auch Kinder ohne Bleiberechtsstatus einen Anspruch auf einen Kitaplatz?
4. Die Einstellung von zusätzlichem Kitapersonal wird mit 80.000 € beziffert. Sind das Personalkosten, die über den gesetzlich vorgesehenen Betreuungsschlüssel hinausgehen? Um wie viele Stellen handelt es sich dabei? Warum wird diese Maßnahme in die Priorität 3 (geringste Priorität) eingeordnet?
5. Wie viele freie Kitaplätze gibt es derzeit in der Stadt Eberswalde?
6. Die Maßnahmen 3 bis 6 beschreiben Angebote außerhalb der Kita-Strukturen. Wie viele solche Eltern-Kind-Gruppen gibt es in Eberswalde? Welche Kapazität haben diese Gruppen? Wie oft und wie lange treffen sich diese? Welche pädagogische Arbeit erfolgt dort? Wie ist die Erzieher-Kind-Relation? Unterliegen die Eltern-Kind-Gruppen der Bildungsinitiative Barnim? Wenn ja, welche Bil-

dungsergebnisse liegen vor? Wie erfolgt der Übergang in die regulären Kinderbetreuungseinrichtungen und wer entscheidet darüber?

Inzwischen gibt es aus anderen Quellen Auskünfte zu den gestellten Fragen. So antwortete die Jugendamtsleiterin des Landkreises Yvonne Dankert bereits am 4. Mai (!) der Stadtverwaltung auf die weitergeleitete Frage 3.

Yvonne Dankert verwies auf das brandenburgische Kindertagesstättengesetz (KitaG) und das Achte Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII), die keine »Unterscheidung durch den asylrechtlichen Status« vorsehen.

Die Erfahrungen mit geflüchteten Menschen und deren bisherigen Lebenswelten zeigten jedoch oftmals, daß »Kindertagesbetreuung in den Herkunftsländern sich fundamental unterscheidet von hier in Deutschland gängiger Praxis. Oftmals wollen die Familienverbände keine Kinderbetreuungsangebote in Anspruch nehmen, da diese durch die Familien übernommen wird.«

Andererseits wurden z.B. in Kitas der evangelischen Kirche in Stadt bereits Kinder zur Betreuung aufgenommen. Die Kinder kommen aus Familien, die bereits einige Zeit im Barnim verbracht haben. Ebenso gebe es »landkreisweit diverse Kooperationen zwischen Kindertagesstätten für den Nachmittagsbereich, in dem die Auslastung sinkt und Kinder aus Familien Geflüchteter dort betreut werden«. Bei der Unterbringung in den Erstaufnahmeeinrichtungen erfolgt noch keine Kindertagesbetreuung, da der Aufenthalt dort auf kurze Dauer angelegt ist.

»Es stellt sich inhaltlich für die Kommunen im Land Brandenburg grundsätzlich die Frage«, schreibt die Kreisjugendamtsleiterin, »zur vorübergehenden Schaffung von Kapazitäten zur Betreuung von Kindern in rechtsanspruchserfüllenden Angeboten. Hierzu regt das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport die Etablierung von Eltern-Kind-Gruppen an.« Ihrerseits gab es dazu bereits erste Gespräche mit freien Trägern der Jugendhilfe.

Auch zur Frage 5 gab es inzwischen Antworten – wenn auch nicht direkt auf die Anfrage. In Eberswalde gibt es demnach keine freien Kitaplätze, vielmehr fehlen inzwischen stadtweit etwa 100 Plätze, wobei die Kinder aus Flüchtlingsfamilien noch nicht berücksichtigt sind. Rund 150 davon haben nach Schätzungen einen gesetzlichen Anspruch auf einen Kitaplatz, von denen 30 in der evangelischen Kita »Arche Noah« untergekommen sind.

Das Füllhorn wird ausgeschüttet

Eberswalde (bbp). Erst im April bestätigten die Stadtverordneten eine von Bürgermeister Friedhelm Boginski vorgelegte Stellenplanerweiterung, durch die in der Stadtverwaltung zehn neue Stellen geschaffen wurden, darunter eine mit der Entgeltstufe E13 dotierte neue Amtsleiterstelle. Zur Juni-Stadtverordnetenversammlung wird nun nachgelegt. Dabei geht es diesmal nicht um neue Stellen, sondern um

die Höhergruppierung von drei Amtsleitern in die E13, denn erst ab dieser Entgeltstufe muß der Bürgermeister die Stadtverordneten fragen. Nicht bekannt ist, ob auch beim »Fußvolk« entsprechende Höhergruppierungen vorgesehen sind. Ebenso wenig ist bekannt, um welche Amtsleiter es konkret geht, da die Stadtverordneten darüber in nichtöffentlicher Sitzung entscheiden.

WHG interpretiert Gesellschaftsvertrag neu

Eberswalde (bbp). Der Gesellschaftszweck der stadt eigenen Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) war zur Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 26. Mai der Gegenstand einer gemeinsamen Anfrage der drei Stadtfractionen DIE SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, mit der sie sich an den Bürgermeister wandten.

Dieser sollte näher erläutern, was unter den Formulierungen »breite Schichten der Bevölkerung« und »sozial vertretbare Mieten« zu verstehen sei und wie die Angemessenheit der »Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen

und die Veräußerung von Wohnungsbauten«, »angemessene Verzinsung des Eigenkapitals« und »ausreichende Rücklagen« bestimmt wird.

Bürgermeister Friedhelm Boginski antwortete, daß es sich »um unbestimmte Rechtsbegriffe handelt, die seit der Gründung der WHG mbH im Jahre 1992 Bestandteile des Gesellschaftsvertrages sind«. Hinsichtlich der zukünftigen Auslegung erarbeite die WHG im Auftrag des Aufsichtsrates derzeit eine Portfoliostrategie. Boginski schlägt vor, nach der Diskussion im Aufsichtsrat im September, über die zukünftige Strategie im Oktober in der StVV »zu informieren«.

Beteiligungsbericht:

Eineinviertel Jahr Verspätung

Eberswalde (bbp). Der Beteiligungsbericht 2014 soll erst im Dezember 2016 mit 15 Monaten Verspätung der Öffentlichkeit und den Stadtverordneten vorgelegt werden. So kündigte es Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) am 26. Mai den Stadtverordneten an.

Die Fraktion ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE hatte nachgefragt, wo denn der Beteiligungsbericht bleibe, da selbiger gemäß einem Stadtverordnetenbeschuß aus dem Jahr 2007 bis zum 30. September des Folgejahrs vorgelegt werden muß (BBP 6/2016). Im Falle des Beteiligungsberichtes 2014 wäre

die Vorlage dementsprechend am 30. September 2015 fällig gewesen.

Boginski begründet die Versäumnisse mit »knappen Personalressourcen infolge von krankheitsbedingten Ausfällen« und behauptet, »die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung werden seitens der Stadtverwaltung nicht negiert«. Im gleichen Atemzug kündigt er an, daß auch der Beteiligungsbericht 2015 verspätet vorgelegt werden soll, zusammen mit dem Beteiligungsbericht 2014 erst im Dezember statt zum 30. September 2016, wie es der Stadtverordnetenbeschuß vorsieht.

Harte Haltung ist unbegreiflich

Seit geraumer Zeit bemüht sich eine Elterninitiative intensiv um die Gründung einer WALDORFKITA in Eberswalde mit 40 Plätzen. Dazu fanden zahlreiche Gespräche mit der Verwaltung und den Fraktionen statt, es gab Vorstellungen und Diskussionen in den städtischen Ausschüssen und in der Stadtverordnetenversammlung. Cirka 100 Kitaplätze fehlen derzeit in der Stadt. Eltern müssen lange warten oder umständliche Wege, zum Teil nach außerhalb, in Kauf nehmen. Dennoch droht das geplante Kita-Projekt nun endgültig zu scheitern, nachdem am 16. Juni im Finanzausschuß SPD, FDP und CDU erneut eine Unterstützung ablehnten.

Eine solch harte Haltung gegenüber den Initiatoren, die dringend der städtischen Unterstützung bedürfen, ist für uns unbegreiflich. Da nützt das ganze Gerede von der grundsätzlichen Willkommenheit des Angebotes nichts, wenn man die Initiative am Ende eiskalt verhungern läßt.

Der Kern des Problems ist ein Zuschuß zu den laufenden Kosten der Kita. Nach gültiger Satzung können Freie Träger diesen erst bekommen, wenn sie bereits ein Jahr existieren.

Die Waldorfinitiative hat damit ein großes Problem. Sie muß bereits ca. 600.000 Euro für die Herrichtung der ehemaligen Schule in Fi-

now einsetzen. Ein Jahr ohne Zuschuß – dabei geht es um insgesamt ca. 70.000 Euro – ist finanziell für den Verein nicht zu schaffen.

In dieser schwierigen Situation haben Grüne, Linke und die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde zunächst beantragt, eine Ausnahme von der Richtlinie zu gewähren. Das fand keine Mehrheit. SPD, FDP und CDU befanden, eine Richtlinie dürfe nicht ausgehebelt werden. Also brachten die einreichenden Fraktionen einen Antrag zur Änderung der Richtlinie ein. Dadurch sollten zukünftig alle Freien Träger von Anfang an bezuschusst werden können. Kitagründungen würden so erleichtert. Aber auch dieser Vorschlag fand in den Ausschüssen bisher keine Mehrheit.

Kein Kita-Platz ist offensichtlich für einige Stadtverordnete besser, als ein Platz in einer Waldorf-Kita oder bei einem anderen Freien Träger. Und das, obwohl nach dem Sozialgesetzbuch Freie Träger zu bevorzugen sind und ein Platz bei einem Freien Träger für die Stadt kostengünstiger ist als einer in einer städtischen Kita. Auf diese Weise werden ehrenamtliche Initiativen abgewürgt und die Stadtentwicklung ausgebremst.

KAREN OEHLER, Fraktionsvorsitzende Grüne/B90 in der StVV Eberswalde

60 Prozent in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Aktuell stehen im Landkreis Barnim 2.094 Plätze zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern zur Verfügung, davon 1.229 in Eberswalde, von denen sich wiederum gut die Hälfte im Brandenburgischen Viertel befinden. Hinzu kommen 228 Plätze in Wandlitz zuzüglich ein neues Übergangswohnheim mit 46 Plätzen für Großfamilien im Wandlitzer Ortsteil Ützdorf, 273 Plätze in Bernau, 174 in Joachimsthal, 165 in Oderberg sowie 6 Plätze in Werneuchen und 19 im Biesenthaler Raum.

Bundestagsabgeordneter im Kiez: Beim Jugendmigrationsdienst

Der Bundestagsabgeordnete Stefan Zierke (SPD) war am 24. Mai im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde unterwegs und traf sich mit den Mitarbeiterinnen des Jugendmigrationsdienstes Barnim (JMD) in deren Domizil im WBG-Vereinshaus in der Havellandstraße 15, um sich über deren Arbeit zu informieren.

Seit fast 25 Jahren berät der JMD junge Menschen mit Migrationshintergrund vom 12. bis zum 27. Lebensjahr zu allen Fragen der schulischen, beruflichen und sozialen Integration. Seit September 2015 läuft zudem die modellhafte Erprobung der Öffnung des JMDs für junge Flüchtlinge mit Aufenthaltsgestattung oder Duldung.



Der Bundestagsabgeordnete Stefan Zierke und Christiane Goldschmidt, die den jmd in Eberswalde leitet. Träger des jmd sind die Hoffnungsthaler Stiftung Lobetal.

Das sogenannte Projekt »jmd2start« ist auf zwei Jahre ausgelegt und wird von den geflüchteten jungen Menschen positiv angenommen. Allerdings bewegt sich die Beratungsarbeit im Spannungsfeld zwischen aufenthaltsverlängernden und beendenden Maßnahmen der Ausländerbehörden. Ferner fehlen weitreichende Integrationsangebote sowie Ausbildungsplätze seitens der regionalen Unternehmen im Barnim und der Uckermark. Stefan Zierke möchte sich deshalb dafür einsetzen, daß die Unternehmer mehr Angebote für die Geflüchteten machen.

Friedenswanderer

Der Friedenswanderer STEFAN HORVATH besuchte erneut Eberswalde. Am Mittwoch, dem 1. Juni war der gebürtige Österreicher im Büro von Bündnis 90/Die Grünen zu Gast. Hier berichtete er von seinen Erfahrungen und trat mit der bündnisgrünen Fraktionsvorsitzenden Karen Oehler und den Mitarbeitern des grünen Bürgerbüros in Gedankenaustausch.

Stefan Horvath läuft seit 25 Jahren für Frieden und Toleranz durch die Welt. 50.000 km legte er dabei zurück, verbrauchte 50 Paar Schuhe und hat eine Menge erlebt.

THORSTEN KLEINTEICH

Sitzung des Zoobeirates

Eberswalde (prest-ew). Der Zoobeirat des Landkreises Barnim und der Stadt Eberswalde tagt am 27. Juni um 17 Uhr im Eberswalder Zoo. Die Mitglieder des Gremiums treffen an diesem Tag zu ihrer Sitzung in der Zooschule zusammen. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Informationen zum bisherigen Verlauf der Saison 2016 sowie zum Bearbeitungsstand des Projektes »Eiszeit-Erlebnispfad«. Die Zusammenkunft unter der Leitung des Vorsitzenden Reinhard Fischer ist öffentlich.

Ortsteil-Feste

Eberswalde (prest-ew/bbp). Nach dem Ortsfest in Spechthausen, zu dem der Ortsbeirat am 18. Juni eingeladen hatte, folgt schon am 25. Juni die 41. Sommersonnenwendfeier in Tornow. Dazu lädt der Tornower Dorflclub ein. Die Feier beginnt um 19 Uhr auf dem Festplatz Tornow. Die Tornower, Besucher und Gäste des beliebten Festes können sich auf das traditionelle Sommersonnenwendfeuer, auf Musik, Tanzvorführungen, Nageleinschlagen und Deftiges vom Grill freuen. »Alle Gäste unseres Festes werden sehen, daß sich schon einiges an der Stromversorgung unseres Festplatzes getan hat. Wir hatten ja im vergangenen Jahr beim Bürgerbudget der Stadt gewonnen und wir sind mitten in der Umsetzung«, so Jasmin Speer, die Vorsitzende des Tornower Dorflclubs.

Am 9. Juli folgt dann das Stadtteilfest in Finow auf dem Festplatz am Schwanenteich (ehemalige Minol-Tankstelle), das von dem Ende 2015 gegründeten Stadtteilverein Finow organisiert wird.

Eine Woche später, am 17. Juli, feiert der Ortsteil Sommerfelde sein Fest. Der Ortsbeirat und die Sommerfelder Freiwillige Feuerwehr laden dazu ein. Das Fest beginnt um 15 Uhr auf dem Festplatz Zu den Tannen. Zur Eröffnung wird der Kinderchor der Kita Haus der fröhlichen Kinder singen und um 15.30 Uhr wird die lustige Hexe Pixelpax die kleinen Gäste unterhalten. Für musikalische Unterhaltung wird DJ Bodo Derko sorgen. Nachmittags können sich die Festbesucher auf Kaffee und Kuchen freuen, abends wird es Deftiges geben.

Vorschlag:

Jugenderlebnis-Park in der Borsig-Halle

Eberswalde (bbp). Im Anschluß seiner Visite beim Jugendmigrationsdienst (Seite 5) besuchte der SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Zierke gemeinsam mit den Jusos Barnim auf der Skateanlage am »Club am Wald« in der Senftenberger Straße den BMX-Club »Young Rebels?«. Die »jungen Rebellen« wünschen sich nichts sehnlicher als eine Vergrößerung ihres BMX- und Skate-Parks. Schätzungsweise 20.000 bis 50.000 Euro würde die Vergrößerung des 900 Quadratmeter großen Areals um weitere 200 Quadratmeter etwa kosten, wenn dort weitere Rampen und ein sogenannter »Pool« aufgestellt würden.

Leider fehlt es dem Verein an Zeit und Knowhow, um ein fertiges Konzept vorzulegen. Ein solches fordert die Stadtverwaltung als Voraussetzung für eine Unterstützung des Vorhabens. Stefan Schmiedel von den Jusos und zugleich sachkundiger Einwohner im städtischen Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport verspricht, daß er »das Thema in den Ausschuß hineinragen« werde.

Unterstützung verspricht auch der CDU-Stadtverordnete Dietmar Ortel, dessen Sohn ein begeisterter BMX-Fahrer ist. Carsten Zinn, der einstige Ortsvorsteher – zu Zeiten, als der Kiez noch eine Ortsteilvertretung hatte – und jetziger Stadtverordnete der Fraktion »Alternatives Wählerbündnis Eberswalde« hielt sich beim offiziellen Termin des Bundestagsabgeordneten im Hintergrund. Später riet er den Vereinsaktivisten, sich aktiv in die Debatte zum neuen Betreiberkonzept für den Familiengarten einzu-



Foto: YOUNG REBELLS E.

bringen. Dort könne gegebenenfalls in Kombination mit der Sanierung der Borsighalle ein Jugenderlebnis-Park mit integrierter Skateranlage entstehen.

Eine Umsetzung dieses Vorschlages würde den einstigen Planungsfehler, eine teilweise lärmintensive Skateranlage mitten ins Wohngebiet zu bauen, korrigieren. Im Umkreis der Borsighalle wären weit weniger Menschen von den Lärmmissionen betroffen als im Brandenburgischen Viertel. Zudem würden die Wände der Borsighalle den Lärm dämmen. Für die Skater und BMX-Sportler wäre durch die Überdachung sogar eine ganzjährige Nutzung möglich.

Der Traum vom Fertigteil-Eigenheim

Walter Gropius und die Hirsch-Kupferhäuser in Eberswalde-Finow

Im weltweit einzigartigen Ensemble von Kupferhäusern ist leider kein einziges Haus der Öffentlichkeit zugänglich. Die meisten Häuser verloren durch sukzessive An- und Umbauten bereits ihren Originalzustand. Obwohl das gesamte Siedlungsareal unter Denkmalschutz steht, wurde bis heute kein Haus denkmalgerecht saniert.

Ebertstraße-Süd:

Vorerst keine Bebauung

Eberswalde (bbp). Die Bebauung der Friedrich-Ebert-Straße Süd kommt doch nicht so schnell, wie von manchen erhofft. Laut Aussage von Baudezernentin Anne Fellner realisiert der potentielle Investor, die Wilhelm-Schomacker-Bau-Gruppe aus dem Emsland/NRW, zur Zeit eine wichtige Großinvestition in Brandenburg/Havel. Daher verfolge Schomacker aktuell keine Objekte an anderen Standorten im Land Brandenburg. Das gelte auch für die Ebert-Straße in Eberswalde. Das Projekt, heißt es, sei u.a. für die Ansiedlung von Handelsketten wie H&M und C&A vorgesehen.

Untrennbar mit dem Namen des berühmten Architekten und Bauhaus-Gründers Walter Gropius verbunden, bleiben die acht Kupferhäuser der Messingwerk-Siedlung in der breiteren öffentlichen Wahrnehmung weitgehend unbeachtet. Keine Infotafel erinnert an die Bedeutung dieser Häuser, die in der Entwicklung moderner Fertigbauweise eine herausragende Rolle spielen. Ob zumindest zum Bauhaus-Jahr 2019 diese Denkmale einstiger Pionierleistungen aus dem Raum Eberswalde auch hier eine größere regionale Wertschätzung erfahren?

Am 8. Juni widmete sich die Initiative »Unser Finowkanal« diesem Thema im Rahmen eines Finowkanal-Stammtisches in der Gaststätte »Am Wasserturm«. Unsere Experten zum Thema Kupferhäuser waren ULRICH RÖTHKE, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Kunstgeschichte der BTU Cottbus-Senftenberg und die Doktorandin des Lehrstuhls, MARINA BUDNITSKAYA. Vor dem Stammtisch gab es eine Führung am kleinsten und noch am besten erhaltenen der acht Kupferhäuser in der Altenhofer Straße.

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT

Alte Schule Senftenhütte:

Ein persönlicher Nachruf

Vielen Einwohnern von Senftenhütte diente ich seit Jahrzehnten als verlässliches Schulgebäude. Als der Schulbetrieb eingestellt wurde, beherbergte ich für einige Jahre einen Konsum, die Zweigstelle einer Arztpraxis und später wurden in meinen Räumlichkeiten durch Herrn Wienke und sein Shiatsu-Studio viele Patienten von ihren Schmerzen und Leiden geheilt.

Dem 2014 mit dem Barnimer Kulturpreis ausgezeichneten gemeinnützigen Keramikverein gab ich über 10 Jahre ein glückliches Zuhause. Seine Arbeiten schmückten nicht nur meine Fenster, sondern auch viele Häuser und Gärten im Dorf.

In meinen anderen Räumen wurden Wahlen und Ortsbeiratssitzungen durchgeführt oder es fanden Ausschusssitzungen der Gemeindevertretung, zuweilen auch private Feiern statt.

Durch mein schönes, ortsbildprägendes Backsteinmauerwerk möchte ich von mir behaupten, das schönste Gebäude von Senftenhütte zu sein. Doch auch ich bin in die Jahre gekommen und der Zahn der Zeit nagt auch an mir. Umso trauriger bin ich darüber, daß mir mein Besitzer, die Gemeinde Chorin, seit Jahrzehnten notwendige Sanierungsmaßnahmen verweigerte und meinen Verfall bewußt zuließ. Mein direkter Nachbar, der Bürgermeister von Chorin, ging als Schüler zu mir in die Schule. In einem kürzlich erschienenen Artikel in der Märkischen Oderzeitung spricht er sogar von einer hoch emotionalen Bindung zu mir. Leider ist dies nur ein Lippenbekenntnis, denn er hätte viele Jahre Zeit gehabt, sich für mich und meine Instandhaltung einzusetzen. Traurig bin ich auch über den dorfsässigen Heimatverein, der in den letzten Jahren mit mir als Dorfgemeinschaftshaus nichts mehr zu tun haben wollte.

Neue Hoffnung schöpfte ich, als 2014 die Gemeindeverwaltung den Plan konkretisierte, mich mit der Hilfe von EU-Fördermitteln zu ertüchtigen (75 % der Baukosten wären der Gemeinde geschenkt worden!).

Weiterhin froh war ich über den eigens für mich gegründeten Kultur- und Bildungsverein Alte Schule Senftenhütte. Er schaffte es allein 2015 in seinem ersten Jahr des Bestehens 28 Veranstaltungen durchzuführen. Endlich gab es wieder Leben in meinen Mauern. Über 600 Besucher durfte ich zu Lesungen, Reiseberichten, Konzerten, Dorfkinoveranstaltungen, Vorträgen und vieles mehr begrüßen. Einen Besucher jedoch habe ich das ganze Jahr hindurch vermißt: meinen direkten Nachbarn, den schon erwähnten Bürgermeister.

Seine Liebe zu mir war offenbar dermaßen abgekühlt, daß es sein innigster Wunsch war, mich zu verkaufen.

Alle Vorschläge und Konzepte des Kultur- und Bildungs- sowie des Keramikvereins mich zu retten wurden von ihm und der Gemeindeverwaltung abgeschmettert. Auch der Ortsbeirat von Senftenhütte setzte sich nur halbherzig für mich ein. Und dies im Widerspruch zu dem

Mandat, welches sich aus den zwei Einwohnerbefragungen ergeben hatte: In diesen sprachen sich jeweils eine klare Mehrheit der Einwohner für mich als Gebäude in öffentlicher Hand aus!

In benachbarten Gemeinden von Chorin ist es eine Selbstverständlichkeit für ein funktionierendes Dorfgemeinschaftsleben, daß gemeinnützige Vereine entweder kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr kommunale Immobilien nützen können. Wie mein Beispiel zeigt, sieht die Gemeinde Chorin eine solche Vorgehensweise für Senftenhütte als nicht bezahlbaren Luxus an.

Als die genannten Vereine schließlich den Vorschlag unterbreiteten, mich zu pachten, um der Gemeinde zukünftig keine Kosten mehr zu verursachen, stellte sich kurz vor Vertragsabschluß heraus, daß es die Gemeindeverwaltung die ganzen Jahre versäumt hatte, mich als öffentliches Gebäude bei der Bauaufsichtsbehörde korrekt anzumelden. Eine Schlaperei, die bis heute weder Konsequenzen in der Gemeindeverwaltung noch eine Entschuldigung an meine Mieter zur Folge hatte.

Immer musste ich mir anhören, für mich sei kein Geld da. Umso mehr erstaunt bin ich darüber, daß es dem Bürgermeister und der Gemeindevertretung offenbar gar nicht schnell genug gehen kann, mich loszuwerden. Wie sonst soll ich es verstehen, daß es für mich keine öffentliche Ausschreibung gibt. Das Wertgutachten von mir gibt einen erstaunlich niedrigen Verkaufswert an, der im Widerspruch zu den erzielten Immobilienpreisen von jüngst im Dorf verkauften Häusern steht.

Das Beispiel des neuen Feuerwehrhauses in Senftenhütte zeigt, daß selbst bei kleinen Neubauten Kosten von über 160.000 Euro entstehen können. Umso erstaunter bin ich über die Aussage des Bürgermeisters, daß die Gemeinde ein Grundstück zu erwerben gedenke und einen Neubau für ein neues Dorfgemeinschaftshaus plane. Daß dafür weniger Kosten anfallen sollen, als für meine Sanierung mit EU-Fördermitteln notwendig sind, darf nicht nur von mir bezweifelt werden.

Fazit: Mit dem vom Bürgermeister mit aller Macht bewirkten Beschluß der Gemeindevertretung, mich zu verkaufen, wird das Votum der Einwohner von Senftenhütte ignoriert, die Rettungsversuche der Vereine boykottiert, die Meinung des Ortsbeirates in die Entscheidung nicht einbezogen und ein öffentliches Gebäude ohne sachlichen Grund unter Wert verkauft. Womit habe ich das verdient?

*Kultur- und Bildungsverein
Alte Schule Senftenhütte e.V.*

Kriegsgefahr

Nachts um 3 Uhr gingen mir Begriffe wie ein Kreisel durch den Kopf, daß ich nicht mehr schlafen konnte. Die großen NATO-Manöver an den russischen Grenzen, die ständige Hetze gegen Putin und die Russen sowie das traditionelle Treffen der Bilderberger, bei dem ausgewählte Spitzen von Wirtschaft, Politik und Militär für fünf Tage in einem Luxus-Hotel in Dresden zusammenkamen.

Dort in Dresden waren keine Journalisten zugelassen, alles verlief unter größten Sicherheitsvorkehrungen. Bei dem Gedanken, daß zu den »Auserwählten« Frau von der Leyen, de Maizière und Schäuble gehörten, war ich sicher, daß dort für meine Begriffe nichts Gutes besprochen werden konnte. Gewiß werden sie nur wieder »giftige Eier« gelegt haben. Schließlich sind die Kriegstreiber und Hetzer fleißige Vorarbeiter und jeder »Dumme« weiß, daß Putin mit den Russen den Westen überfallen will. Dank der verlogenen Medien.

Oft müßte man sich die Ohren zu halten, hört man die Propaganda in Radio und Fernsehen. Ständig wird ein »Feind« hergezaubert, damit den Menschen Angst wird, wenn allein der Name Putin fällt. Dieser ganze grausame Zauber dient nur zu dem einen Zweck, die Rüstungsindustrie den Waffenhandel und Aufrüstung bis an die Spitze, wie dies von der Leyen vorhat, zu bringen. Macht- und Profitgier sind die üblichen Zutaten.

Meine Aufregung kann kaum jemand verstehen, der nicht so alt ist wie ich. 1924 in Köln geboren und somit 12 Jahre Faschismus, davon 6 Jahre Weltkrieg, mit allen Schrecken, Menschenverlusten, Trauer und Elend mit erbärmlicher Nachkriegszeit. Ich habe noch die Schreie von 1944 in den Ohren, als der Stadtkern von Köln immer wieder bombardiert wurde. Das könnt ihr mir glauben.

Wenn ihr Terroristen bekämpfen wollt, dann fangt schnellstens bei der NATO an. Nicht Rußland oder ein anderes Land bedrohen unsern Frieden, sondern die im kapitalistischen System schnell herangewachsenen Waffenschmieden mit Waffenhändlern, Kriegstreibern und Militärs. Sie allesamt gefährden uns und den Weltfrieden.

Wer Rußland angreift, sollte sich schon vorher sein eigenes Grab schaufeln. Macht endlich Schluß mit Sanktionen und fürchterlichen, Geld vergeudenden Manövern, ehe man euch als Kriegsverbrecher einsperren muß.

Wenn sich nicht alle Menschen, die mit ihren Familien in Frieden leben wollen, dafür einsetzen, könnte es zu s p ä t sein! Der Frieden ist kein Geschenk des Himmels und im Kapitalismus ständig in Gefahr. Er muß immer verteidigt oder erkämpft werden. Tretet den Hetzern entgegen, laßt es nicht zu, ob in der Familie, im Betrieb, auf der Straße, wo auch immer, daß Haß gegen andere Völker geschürt wird. Völkerfreundschaft sichert den Frieden.

ELISABETH MONSIEG, 92 Jahre, die rote Oma

Rechtssichere Satzung? Gleichberechtigung für freie Träger?

Unsere Satzungen sind rechtssicher. Der das behauptet, ist Vorsteher eines Wasser- und Abwasserzweckverbandes, der im Jahr 1993 als entstanden gilt, als eine sog. Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die jetzt, nach mehr als 20 Jahren, nicht ohne Stolz vorgetragene Behauptung (MOZ, 09.05.2016) läßt vermuten – und wir wissen es – daß das in der Vergangenheit durchaus nicht immer so war.

Jetzt besteht also Rechtssicherheit! Jetzt plötzlich? Wir erinnern uns, daß fast alle Zweckverbände im Land zu allen Zeiten behauptet haben, ihre Satzungen wären rechtssicher. Wir wissen, es war nicht so. Welchen Grund gibt es, dieser Behauptung jetzt Glauben zu schenken? Reicht hier ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts? Vermutlich nicht!

Dieses Oberverwaltungsgericht mußte am 11.02.16 äußerst widerwillig einräumen, daß ein Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 12.11.2015 umzusetzen ist, der Fehler Teile eben dieses Oberverwaltungsgerichts aufgehoben hat. Dabei ging es um widerrechtlich erhobene Beiträge, nicht zulässige Rückwirkungen und Vertrauensschutz. Kann man von Verwaltungsrichtern, die nicht bereit sind, ihr Fehlverhalten der vergangenen zehn Jahren zu korrigieren, Rechtssicherheit oder gar Gerechtigkeit erwarten? Wahrscheinlich nicht!

Satzungen beruhen, wenn es um Kommunalabgaben geht, u.a. auf dem Landes-Kommunalabgabengesetz (KAG). Dieses Gesetz ist in Teilen verfassungswidrig. Auch das hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt. Kann eine Satzung, die auf einem mangelhaften KAG beruht, rechtssicher sein? Auch hier muß man wohl mit nein antworten.

Was meint der Herr Vorstandsvorsteher, der das natürlich alles weiß, wenn er von Rechtssicherheit spricht? Die Antwort hat er selbst gegeben: Die Satzungen sind nicht (mehr) anfechtbar, es gibt also keine Normenkontrollverfahren mehr! Jedenfalls wissen wir jetzt, was so ein Vorstandsvorsteher unter Rechtssicherheit versteht. Das ist eine Situation, in der ein Bürger, der sich ungerecht behandelt sieht, jedenfalls vor den Verwaltungsgerichten im Land Brandenburg keine Chance hat, zu seinem Recht zu kommen!

Ich als juristischer Laie verstehe unter einer rechtssicheren Satzung ein Papier, das mir leistungsgerechte Gebühren und Beiträge gewährleistet und elementare Grundrechte wie Entscheidungsfreiheit, Vertrauensschutz und Rückwirkungsverbot garantiert. Ich fühle mich dann »rechtssicher«, wenn ich mich darauf verlassen kann, daß Landesregierung, Zweckverbände und Gerichte zu jeder Zeit geltendes Recht achten und selbstverständlich immer in Übereinstimmung mit den Grundrechten handeln. Von einem solchen zugegeben Idealzustand sind wir leider noch weit entfernt. Die Weite ist klar abgesteckt, von Schröter&Woitke. Sie ist also alles andere als klein!

JOHANNES MADEJA

Im Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport wurde am 9. Juni gegen die Beschlußvorlage gestimmt, die Kitafinanzierungsrichtlinie der Stadt Eberswalde zu ändern. Und das, nachdem in der vorangegangenen Debatte über eine Ausnahme der Richtlinie für den Verein Waldorfpädagogik Barnim von vielen Stadtverordneten verlangt wurde, lieber über eine grundsätzliche Änderung der Richtlinie abstimmen zu können.

Die Ablehnung der Vorlage ist demnach jetzt sehr irritierend, genauso wie die Argumente. Denn unter dem Deckmantel der Gleichberechtigung anderen freien Trägern gegenüber, die es genauso schwer hatten, und die auch die »Durststrecke durchleben mußten«, wird es nun abgelehnt, die Richtlinie zu ändern, die offensichtlich dazu dient, eine Konkurrenz für öffentliche Kindergärten zu verhindern!

Warum begrüßt die Stadt Eberswalde nicht einen Verein wie den Waldorfpädagogik Barnim e.V., der übermäßig hohes ehrenamtliches Engagement zeigt, eigenständig die Gründung eines Kindergartens mit allen notwendigen Prüfungen bis zur Betriebserlaubnis vorantreibt?

Der den Kauf, den Umbau, die Ausstattung und die Investitionen für den Kindergarten selbst in die Hand nimmt. Wo Kitaplätze in Eberswalde fehlen? Warum wird dann schließlich im laufenden Haushalt den Eltern eine unnötige finanzielle Mehrbelastung zugemutet, was in anderen Landkreisen nicht der Fall ist, wo freie Träger von Kindergärten vom ersten Tag ihres Bestehens finanziell gefördert werden?

Hat die Stadt Angst vor dem Entstehen einer Waldorf-Kita? Oder warum erleben wir seit über zwei Jahren ein Ping-Pong-Spiel mit der Stadt und dem Landkreis, womit die Entstehung unseres Kindergartens vehement zu verhindern versucht wird?! Einige Aussagen und Ansichten, die in der gesamten Debatte aufgetaucht sind, finden wir recht fragwürdig.

So äußerten sich doch einige Abgeordnete und die Verwaltung, daß man nicht Tür und Tor für Jedermann öffnen könne – und einen Kindergarten zu leiten sei schließlich nicht wie Essen kochen: »Wenn es nicht schmeckt, werfe ich es wieder weg« (BELLAY GATZLAFF – stellvertretender Bürgermeister).

CONRAD MORGENROTH (Bürgerfraktion Eberswalde) gab zu Bedenken, daß mit der Änderung der Richtlinie »auch Träger eine Förderung in Anspruch nehmen könnten, die nicht willkommen sind in Eberswalde!«. Das heißt, man ist überhaupt nicht bereit dazu, einen fairen Wettbewerb um Inhalte und Konzepte zu fördern, in dem es unbedeutend ist, ob es sich dabei um freie oder öffentliche Einrichtungen handelt.

Die Stadtverwaltung meint, unsere Kita »stellt ein Defizitgeschäft für die Stadt dar«. Wir fragen uns, wie kann in diesem Zusammenhang von »Geschäft« gesprochen werden, vor allem wenn wir fehlende Kitaplätze schaffen, die unbedingt notwendig sind.

Und der SPD-Abgeordnete VIKTOR JEDE meint, wir wären nicht bei Wunsch dir was und erinnert immer wieder daran, alle Menschen

seien laut dem Grundgesetz gleich. Das Zitat, welches Herr Jede so gerne für sich in Anspruch nimmt, hinkt aber in seiner persönlichen Interpretation.

Denn: Es geht uns nicht darum, den Artikel 3 Abs. 1 im Grundgesetz zu kippen und eine Sonderbehandlung zu erhalten, sondern wir appellieren an die Änderung einer kommunalen »Richtlinie« und setzen uns gerade für die Gleichbehandlung und Chancengleichheit aller ein – so wie es an dieser Stelle eigentlich vom Grundgesetz gefordert wird.

Faktisch ist es aber derzeit im Landkreis Barnim und der Stadt Eberswalde so, daß Eltern, die ihre Kinder in einen Kindergarten in freier Trägerschaft schicken, benachteiligt sind. Freie Träger werden im Vergleich zu den öffentlichen Trägern deutlich schlechter finanziell bezuschußt. Außerdem werden sie mindestens im ersten Betriebsjahr trotz des erfolgreichen Genehmigungsverfahrens kaum bis gar nicht gefördert.

Die Eltern müssen dies über höhere Kita-beiträge ausgleichen. Die gesamte Last wird allen Eltern aufgebürdet. Eine Eröffnung eines neuen Kindergartens ist, wenn überhaupt, nur mit erheblichen Einschränkungen, ganz viel Elternunterstützung und Ehrenamt möglich! Wir fragen uns, was hat das mit Gerechtigkeit zu tun?

Stattdessen schickt man uns »in das Tal der Tränen« (LUTZ LANDMANN, SPD), »das alle freien Träger durchschreiten müssen«. Gleichzeitig versteckt man sich in der Stadtpolitik hinter der Aussage: Wir befürworten aber ein vielfältiges Angebot... Für uns klingt das zynisch.

Vor allem, wenn Millionen ausgegeben werden für den Ausbau eigener Kitas – und wo durch das Ablehnen von einem kleinen Zuschuß dafür gesorgt wird, daß freie Träger mit der Gründung eines Kindergartens scheitern!

Es mußten nachweislich schon einige Initiativen erleben, daß ohne den Zuschuß komplette Finanzierungen scheitern und daß nur aus diesem Grund das »Tal der Tränen« verursacht wird und man aufgeben muß.

Nicht, weil man nicht in der Lage gewesen wäre eine Kita zu führen, oder diese nicht beständig gewesen wäre. Wer weiß, wie die Kitalandschaft in Eberswalde heute aussähe ohne diese blockierende Richtlinie? Vielleicht würden heute nicht so viele Kitaplätze fehlen und Eberswalde müßte nicht Millionen für neue Kitas ausgeben.

Man darf nun gespannt sein, ob in der Stadtverordnetenversammlung die Beschlußvorlage ebenfalls abgelehnt wird.

LUCIA-MARIA MASINI,
Waldorfpädagogik Barnim e.V.

Die RotFuchs-Familie bekam Junge Wild West im Osten

Der Staffelnstab wurde weitergereicht. Es gibt tatsächlich immer wieder Zeitgenossen, die sich nicht an dieses kranke Gesellschaftssystem gewöhnen können, die sich gerne mit den »ewig Gestrigen« unterhalten, um von ihnen zu erfahren, was einst hervorragend funktioniert hatte und welche Fehler nicht mehr gemacht werden sollten in einer sozialistischen, solidarischen, nicht auf Egoismus getrimmten Gesellschaft. Die Lebenserfahrungen der Menschen, die das Elend eines Krieges live miterlebt hatten, wie MARIA BENDITZ, MANFRED DIEDRICH, HELMUT BRAUNSCHWEIG, NORBERT GLASKE, GEORG SCHULZE, oder Familie ZEIDLER und viele andere, versuchen den nachfolgenden Generationen zu vermitteln, wie es überhaupt zu Kriegen kommt, wer im Krieg verheizt wird, wem brutale Kriege nutzen und daß die Kriegsverursacher aus angemessener Entfernung, außerhalb der Gefahrenbereiche die Geschehnisse genüßlich lenken, genau wie in den modernen Ballerspielen, die bei den Heranwachsenden so unglaublich beliebt sind.

Leider ist das Interesse unserer Mitmenschen, sich Hintergrundwissen anzueignen, verschwindend gering. Es ist bequemer, in den Tag hineinzuleben, sich in seiner kleinen Welt

einzigeln nach dem Motto »Was geht mich fremdes Elend an« oder »Man kann ja doch nichts ändern«.

Nachdenken hat im Land der Dichter und Denker inzwischen kaum noch Chancen gegen Fernsehglotzen. Der Mensch ist eben ein Gewohnheitstier. Wenn man seit 26 Jahren hört, es gebe keine Alternativen zum Kapitalismus (Kriegsopfer – Massenflucht – Hungertote im Minutentakt – ängstliche Ausgebeutete – schweigende Wohlstandskonsumierer – reiche Schweine – machtgeile Kriegstreiber – verschwendete Naturressourcen und zerstörte Umwelt nur wegen der Profitmaximierung – Vormachtstellung statt Völkerverständigung und Solidarität), dann ist das eben so. Widerstand ist zwecklos. Oder etwa nicht?

Die Monatszeitschrift »RotFuchs« ist parteiunabhängig. Wer nicht einseitig informiert werden möchte, kann zwei Seiten der Berichterstattung zu vergleichen. Wer sich keine eigene Meinung bildet, läßt sich eben seine eigene Meinung von anderen BILDen. So sieht's aus und darum läuft alles so wie es gerade läuft. Allerdings bleibt nichts, wie es gerade ist, verehrte Indentaghineinlebende – sagt

SCHRAMMELECKE

*Vorhang auf! Manege frei!
Wild West im Osten, »Rette sich, wer kann!«
Wir Ostler hatten richtig Glück,
durften in die Steinzeit zu den Ausbeutern zurück*

*Euphorie, lange Gesichter,
überall Reklamelichter.
Freudentänze, CHA- CHA –CHA,
»Endlich frei!« – Na wunderbar.
Begrüßungsgeld und dann Hartz Vier,
»Goldener Westen« – wir danken dir*

*Stolz fahren jetzt noch mehr Spießer und Popel,
meist verschuldet Benz oder Opel.
Reiseträume wurden wahr.
Hoch lebe der Wohlstand! Ja, klar!
Bescheidenheit ist eine Zier,
die meisten singen vereint »Darauf scheißen wir«*

*Ja, konsumieren, prassen, protzen,
hoch zu den Reichen und Schönen glotzen.
Mediengesteuerte Hampelmasse,
stets verblendet, klasse - Rasse!
Kleinkariert, Tunnelblick,
rosarote Brille, alles schick,
in dieser Bundesrepublik.*

*He- Ho Wildwest.
Politiker haltet euch fest!
Beim Rodeo auf 'nem ungezähmten Gaul,
fiel so mancher schon aufs Maul.
Ob rot maskiert, oder Bleichgesicht,
ihr Betrüger glaubt, wir durchschau'n euch nicht.
Ihr entpuppt euch, ihr kriegsgeilen Streiter.
So geht das hier nicht weiter.*

*Einst hatten uns miese Heuchler geschockt,
uns mit Westgeld in ihre Scheißwelt gelockt.
Die keinen Stolz besaßen, sind losgerannt,
so viele Osis, mit so wenig Verstand.
Warum wurden die überhaupt eingesperrt?
Jeder Mensch sollte dort leben, wo er hingehört.*

*Unsere Oberindianer, schon lange verwirrt,
hatten sich im eigenen Land verirrt.
Sie waren zu blöd, mußten kapitulier'n,
nun dürfen uns andere Pfeifen regier'n.
Und diese eiskalten Krieger,
posieren als Sieger,
als würden sie nicht sehn,
daß sie selbst am Abgrund stehn,
diese Schauspieler*

*Längst wackelt das riesige Zirkuszelt.
Krise in der kranken westlichen Welt.
Es kommt 'n Clown, der nicht die Wahrheit sagt,
auf 'nem Goldesel 'rein gejagt.
Das Publikum jubelt, nur 'n paar rufen buh!
Denn der Betrüger hält vorne das Zuckerbrot,
ja und hinterm Rücken die Peitsche-uh!
Und die Moral von der Geschichte:
Man trägt den Krug zum Brunnen, bis er bricht.*

»Erziehung zur Freiheit«

Leserbrief zu: »Anthroposophisches Menschenbild stößt ab« in BBP 6/2016

Die Stellungnahme von Frau Dr. Pischel in Ihrer Zeitung und wiederholt auf der Stadtverordnetenversammlung am 26. Mai in Eberswalde, kann so nicht stehen gelassen werden.

Sie behauptet, die Waldorfpädagogik sei »umstritten« und elitär, ebenso esoterisch. Neben dem Widerspruch, daß genau die Weigerung einer finanziellen Unterstützung zur Gründung eines Waldorfkinder Gartens in

Eberswalde die notwendigen Kosten eben gerade für finanzschwache Familien unerschwinglich macht, ignoriert sie die Arbeit von über 550 Waldorfkinder gärten in Deutschland und den vielen Waldorfeinrichtungen weltweit seit fast 100 Jahren!

Das »Leitbild« der Waldorfpädagogik lautet: »Erziehung zur Freiheit!«. Kindern soll ein geschützter, behüteter Lebensraum die Möglichkeit eröffnen, sich frei und umfänglich zu entwickeln und zu bilden. Dabei übernehmen die Erwachsenen im besten Sinne eine Vorbildfunktion. Ein ganzheitliches Erziehungskonzept, das verantwortungsvoll die seelischen, kognitiven, gesundheitlichen und schöpferischen Kräfte des Kindes zu fördern anstrebt, wird verbunden mit Verantwortlichkeit für die Welt und Umwelt. Ist doch die Waldorfpädagogik aus den schrecklichen Eindrücken der ersten Weltkrieges 1919 von Rudolf Steiner entwickelt worden! Dies und die umfassende humanistische Wertevermittlung unabhängig von Religionsangehörigkeit und Nation sollten doch gerade in der Stadt Eberswalde einen erwünschten Platz erhalten!

Es ist bedauerlich, daß die Verantwortlichen der Stadt Eberswalde diesen weltweit so erfolgreichen Erziehungsimpuls gegen die eigenen Versprechungen und dem Wunsch junger Familien bislang verhindern konnten.

ULRICE FUß, Mitglied im
Vorstand der Waldorfinitiative Barnim

Berichtigung:

Im Artikel »Entscheidung zur Waldorf-Kita« (BBP 6/2016) hatten wir leider an einer Stelle eine falsche Information wiedergegeben. Die Änderung, den Zuschußbetrag für 2016 von 37.000 Euro auf 16.618,20 Euro zu reduzieren, stammte nicht vom SPD-Stadtverordneten Daniel Kurth. Richtig ist, daß es Miteinreicher Volker Passoke (DIE LINKE) war, der den reduzierten Zuschuß vorschlug. Daniel Kurth hatte hingegen angeregt, die Förderrichtlinie zu überarbeiten. Eine entsprechende Beschlußvorlage reichten die Fraktionen Bündnis 90/Grüne, Die Linke und Alternatives Wählerbündnis Eberswalde zur Juni-Stadtverordnetenversammlung ein, auf die auch der Zuschußantrag verschoben wurde.

Eine weitere nötige Korrektur betrifft die fehlenden Kita-Plätze in der Stadt. Deren Zahl hat sich inzwischen laut Aussagen von Verwaltungsvertretern von 75 auf 100 erhöht.

(bbp)

»Selbstkritische Einschätzung ist geboten!«

Die Einschätzung von Gregor Gysi, die Linkspartei sei »soft- und kraftlos«, hat vor und nach deren Magdeburger Parteitag am letzten Mai-Wochenende eine rege Diskussion ausgelöst, was damit sicher auch beabsichtigt war. Das Echo dazu waren einerseits sachliche Meinungen und Vorschläge zur Verbesserung der Parteiarbeit aber auch gleichzeitig Bestrebungen einiger Funktionäre, über die Wortwahl und nicht über die Sache zu diskutieren. Im Sinne der alten Parole »keine Fehlerdiskussion« wollen sie keinesfalls kritisch über negative Erfahrungen reden und die Ursachen dafür überall, nur nicht in der eigenen Arbeit und Verantwortung suchen.



Foto: Gerd Marenant

Die Linkspartei in Brandenburg hat seit der vorletzten Landtagswahl 38 % ihrer Wähler und viele Direktmandate verloren. Sie liegt nach neuesten Umfragen nunmehr mit nur noch 17 % hinter der AfD an vierter Stelle im Lande. Die verantwortlichen Funktionäre sollten anhand dieser bedrohlichen Entwicklung einmal ernsthaft und selbstkritisch darüber nachdenken, ob die Ursachen dafür nicht vielleicht in der eigenen Arbeit der Landesparteiorganisation liegen.

Aus diesem Grunde halte ich auch die vom Landesvorsitzenden Görke geäußerte Meinung für sehr einseitig, wenn er die Verantwortung dafür fast ausschließlich nach Berlin abschiebt.

Nach meiner Auffassung wäre es dringend erforderlich, das eigene und dabei vor allem das soziale Profil der Linkspartei in der Öffentlichkeit besser deutlich zu machen. Das beginnt bei der konsequenten Durchsetzung der eigenen Koalitionsbeschlüsse mit der SPD, beispielsweise bei der völlig ungenügenden Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der Einschränkung des Mietwuchers in den Städten oder dem ungenügenden Bau von Sozialwohnungen. In der Öffentlichkeit besteht im Rahmen der Koalition mit der SPD leider oft der Eindruck, daß sich die Linkspartei kaum noch von der SPD unterscheidet.

Das wird auch konkret daran deutlich, daß die SPD wesentlich geringere Wahlverluste als die Linkspartei aufweist. Während die SPD im Vergleich zur vorletzten Landtagswahl von 33 % auf 29 % der Wähler absank, ergaben sich für die Linkspartei Wählerverluste von 27,2 % auf 17 %. Dabei ist anzunehmen, daß viele Protestwähler den Rechtspopulisten auf den Leim gingen und von der Linkspartei zur AfD wechselten.

Auch über das innerparteiliche Leben sollte einmal kritisch nachgedacht werden. So halte ich es z.B. für sehr bedenklich, wenn zu konkreten Unterlagen und Fakten über grobe Verstöße gegen die innerparteiliche Demokratie durch den Vorsitzenden des Kreisverbandes Barnim, die an die Landesschiedskommission – wo Genossin Mächtig vom Kreisverband Barnim Mitglied ist – übersandt wurden, nach sieben Monaten (!) mitgeteilt wird, »daß der Vorgang außer Kontrolle geraten« sei und die Landesschiedskommission keine Möglichkeit sehe, tätig zu werden.

Die Entwicklung und die Ergebnisse der Linkspartei im Barnim haben leider wesentlich zur negativen Entwicklung im Lande beigetragen. Dort gab es nicht nur außerordentlich große Wählerverluste sondern bei der letzten Landtagswahl gingen auch alle Barnimer Direktmandate für den Bund und den Landtag verloren.

Auch hier sind wesentliche Ursachen nicht in Berlin oder in Potsdam, sondern in der eigenen Kommunalpolitik im Barnim zu suchen. Das beginnt mit dem Verzicht einer wirksamen Opposition im Kreistag zugunsten einer kooperativen Zusammenarbeit mit der SPD/CDU-Koalition. Damit wird die Linkspartei im Kreis nicht nur zum willigen Anhängsel dieser Koalition, sie verzichtet damit gleichzeitig auch in der Öffentlichkeit auf ein klar abgegrenztes eigenes kommunalpolitisches Profil.

Das war und bleibt ein großer strategischer Fehler, der sich auch darin ausdrückt, daß einstige Protestwähler auch im Landkreis Barnim nicht mehr die Linkspartei wählen, sondern auf den Rechtspopulismus der AfD hereinfallen. Die verantwortlichen Kreisfunktionäre – an der Spitze der Kreisvorsitzende Sebastian Walter – sollten auch einmal ernstlich darüber nachdenken, warum in der zurückliegenden Zeit ehemals sehr aktive Genossinnen und Genossen aus der Partei ausgetreten oder auch Abgeordnete aus der Fraktion der Linkspartei ausgetreten sind. Das gilt gleichermaßen für die Frage, ob innerparteiliche Meinungsverschiedenheiten immer sachlich und ernsthaft ausdiskutiert wurden, bevor man Anträge zum Parteiausschluß stellte.

Zum Schluß sei mir eine persönliche Anmerkung gestattet. Ich bin bekanntlich nach 70jähriger Parteizugehörigkeit aus Protest gegen die Kommunalpolitik der Partei Die Linke im Barnim und Verstößen gegen die innerparteiliche Demokratie durch den Kreisvorsitzenden aus der Partei ausgetreten. Das schließt nicht aus, daß ich mich auch weiterhin mit der gesamten Linkspartei und ihren Zielen eng verbunden fühle und sie kritisch und konstruktiv begleite. Ich würde mir wünschen, daß in der Kreiszeitung der Linkspartei im Barnim »Offene Worte« endlich auch einmal kritische Artikel erscheinen, anstatt daß solche zwar eingereicht, aber ohne Antwort von der Redaktion totgeschwiegen werden.

Dr. HELMUT KOCH

Öffentliche Informationsveranstaltung zu den Kreisenergiewerken

Der Bürgermeister der Stadt Eberswalde lädt für den 12. Juli um 18 Uhr alle Stadtverordneten und sachkundigen Einwohner in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung zum Thema: »Kreiswerke Barnim – Unternehmensstruktur und Möglichkeiten der kommunalen Beteiligung« in den großen Saal des Bürgerbildungszentrum AMADEU ANTONIO, Puschkinstr. 3, in Eberswalde ein. Der Landrat des Landkreises Barnim Bodo Ihrke wird in dieser Veranstaltung über die Kreiswerke informieren. In einer anschließenden Diskussion sollen die Möglichkeiten für die Stadt Eberswalde erörtert werden.

Zwei Diktaturen im 20. Jahrhundert

Die These von den »zwei Diktaturen« im Deutschland des 20. Jahrhunderts stimmt, wenngleich nicht so, wie es die »DDR-Aufarbeiter« bis hin zur thüringischen LINKEN glauben machen wollen. Deren Bestreben, die DDR mit der Hitler-Diktatur gleich und die heutige bundesdeutsche »Demokratie« in Gegensatz zu beiden zu setzen, ist ideologiegeprägter Humbug und verfolgt einzig das Ziel, die aktuelle Realität zu verschleiern.

Bei den beiden deutschen Diktaturen im Zwanzigsten Jahrhundert handelt es sich zum einen um die Diktatur des Kapitals und zum anderen um die des Proletariats.

Freilich wird die Diktatur des Kapitals nie so genannt. Sie trat und tritt in verschiedenen Formen und unter verschiedenen Bezeichnungen auf, hatte jedoch in allen Fällen die tatsächliche Herrschaft des deutschen Kapitals zur Grundlage. Demgegenüber herrschte in der sich selbst so bezeichnenden »Diktatur des Proletariats« nicht das Proletariat, das von der realen Herrschaft weitgehend ausgeschlossen blieb, sondern eine Partei-Nomenklatura im Namen des Proletariat. Die emanzipatorischen Elemente verblieben weitgehend im embryonalen Zustand. Der beabsichtigte Sprung in eine neue Gesellschaftsform mißlang. Es herrschte in der DDR »ein mit sozialistischen Parolen verbämter feudalabsolutistischer Staatskapitalismus Bismarckscher Prägung, der Ende der 80er Jahre an die Grenzen seiner Entwicklungsmöglichkeiten gelangt war. Eine Weiterentwicklung war nur durch Änderung möglich.«*

Die Diktatur des Kapitals hingegen überdauerte das gesamte Jahrhundert. Nicht zuletzt, weil sich das Kapital hinsichtlich der Herrschaftsformen sehr flexibel zeigte. Zunächst teilte die Kapitalistenklasse in der preußisch-deutschen Monarchie seine Herrschaft noch mit dem feudalen Junkertum, das aber spätestens seit Bismarcks Rücktritt im Jahr 1890 zum willigen Juniorpartner mutierte und mit seinem Militarismus vor allem der besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus seine spezifische Form verlieh. Im Verlauf des Ersten Weltkriegs wandelte sich die monarchistisch-autokratische Herrschaftsform spätestens ab 1916 zur Militärdiktatur (Hindenburg/Ludendorff).

Die Revolution von 1918/19 beendete diese Phase. Nicht zuletzt dank dem Engagement der SPD wurden aber die Diktatur des Kapitals gerettet und die verschiedenen Versuche von Teilen des Proletariats, die Herrschaft zu übernehmen, im Blut erstickt. Ein Formenwandel zur bürgerlichen Demokratie trat ein.

Die Weimarer Republik überstand nur 14 Jahre. Nach der Weltwirtschaftskrise Anfang der Dreißiger Jahre erschienen die demokratischen Mittel nicht mehr tauglich, die Herrschaft der Kapitalistenklasse aufrecht zu erhalten. Dazu kamen Bestrebungen, die im 1. Weltkrieg gescheiterten Weltherrschaftspläne erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Nicht zuletzt führende Kräfte der Schwerindustrie und des Finanzsektors (Krupp, IG Farben, Deutsche Bank etc. – Ardel in Eberswalde) drängten darauf, mittels Adolf Hitler und sei-

ner NSDAP zur offen terroristischen Herrschaftsform des Faschismus überzugehen.

Das Ergebnis ist bekannt. Nach mindestens 60 Millionen Toten und riesigen materiellen Zerstörungen in ganz Europa war die Diktatur des deutschen Kapitals mal wieder am Ende.

Diesmal retteten die Westalliierten die Kapital-Herrschaft. Allerdings nur im westlichen Teil Deutschlands und nunmehr wieder in der Form der parlamentarischen Demokratie. Der Marshall-Plan und der enorme Bedarf durch den Wiederaufbau des zerstörten Landes initiierten das vielgerühmte »Wirtschaftswunder« und ermöglichten über viele Jahre einen »sozialen Kapitalismus« (offizielle Bezeichnung: »soziale Marktwirtschaft«), wodurch die in der Weimarer Zeit nur labil funktionierende parlamentarische Demokratie als Herrschaftsform des Kapitals für lange Zeit gefestigt wurde.

Im Osten Deutschlands hingegen war die Diktatur des Kapitals im Frühjahr 1945 gestürzt worden. Jedoch nicht von der deutschen Arbeiterklasse, sondern durch die siegreiche Sowjetarmee, deren Verbleib als Besatzungsmacht garantierte, daß das Kapital in Ostdeutschland seine ökonomische Herrschaftsbasis nachhaltig einbüßte.

Nach 12 Jahren faschistischer Terrorherrschaft und 6 Jahren Krieg war aber auch das Proletariat kaum als eigenständiger Machtfaktor präsent. Unter dem bewaffneten Schutz der Sowjetarmee waren es die überlebenden Führungskader der Arbeiterparteien SPD und insbesondere KPD, 1946 zur SED vereint, die in der Ostzone und später in der DDR nicht die Diktatur des Proletariats, aber eine Diktatur im Namen des Proletariats schufen, welche letztlich aber die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht überwand, sondern faktisch in einem Staatskapitalismus ohne Kapitalisten einfror. Die Revolution blieb im Überbau stecken ohne die Basis zu erfassen, wurde also nicht zur sozialen Revolution.

Das Programm der SED-Nachfolge-Partei PDS von 1993 charakterisierte diese Diktatur im Namen des Proletariats als »Sozialismusversuch« mit »wertvollen Ergebnissen und Erfahrungen«, der aber auch durch »Fehler, Irrtümer« und »Versäumnisse« gekennzeichnet war.

Letztlich scheiterte dieser »Sozialismusversuch« – die Diktatur nicht des Proletariats, sondern die Diktatur im Namen des Proletariats – an diesen Fehlern, Irrtümern und Versäumnissen sowie dem Widerspruch zwischen jenen, die im Namen des Proletariats die Macht ausübten und dem Proletariat selbst.

1990 etablierte das deutsche Kapital seine Diktatur auch wieder im Osten Deutschlands und erlebte einen Machtzuwachs, mittels dem

die vergrößerte BRD faktisch zur Führungsmacht innerhalb der nach Osten erweiterten Europäischen Union emporwuchs. Und seit Ende des 20. Jahrhunderts führt das unter der Diktatur des Kapitals stehende Deutschland auch wieder Kriege.

Da paßt es gut ins Kalkül, wenn durch die polemische Gleichsetzung von DDR und Hitlerfaschismus der Blick auf die tatsächliche Kontinuität der Diktatur des deutschen Kapitals versperrt wird. Bedauerlich ist, daß sich nun auch DIE LINKE vor diesen ideologischen Karren spannt. Bedauerlich vor allem für diese Partei selbst.

GERD MARKMANN

* Gerd Markmann: Was war die »Wende«? (Versuch einer kurzen Einschätzung), unveröffentlichtes Manuskript vom 4.12.1992

Barnimer Bürgerpost abonnieren!
www.barnimer-buergerpost.de

21. Barnimer Umweltpreis

Anläßlich des Internationalen Tages der Umwelt schreiben Bündnis 90/Die Grünen den Barnimer Umweltpreis aus. Der Umweltpreis 2016 ist wieder mit einem Preisgeld in Höhe von 750 Euro dotiert, das von Andreas Fennert, Mitglied im Aufsichtsrat der städtischen WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft, und dem Kreisverband von Bündnis 90/Grüne gestiftet wird.

Ausgezeichnet wird besonderes ehrenamtliches Engagement, Eigeninitiative und Kreativität beim Schutz von Natur, Umwelt und Klima sowie in der Umweltbildung. Bewerben können sich Einzelpersonen, Gruppen und Vereine aus dem Landkreis Barnim. Projekte mit Kindern und Jugendlichen sind besonders willkommen. Begründete Auszeichnungsvorschläge sind ebenfalls möglich. Die Umweltprojekte oder -initiativen sollen im Landkreis Barnim angesiedelt sein und möglichst anschaulich dargestellt werden.

Bewerbungen und Vorschläge können bis zum 8. Juli 2016 im Büro von Bündnis 90/Die Grünen, Friedrich-Ebert-Str. 2, 16225 Eberswalde, eingereicht werden. Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury aus Vertretern regionaler Umweltverbände, der Naturschutzverwaltung und von Bündnis 90/Die Grünen.

Im Jahr 2015 gingen die Preise an den Naturschützer Andreas Krone aus Biesenthal, den Solarbootverein Berlin-Brandenburg mit Sitz in Finowfurt und die Initiative »Bürgergut Börnicke«.

Wahl eines alternativen Bundespräsidenten

Der jetzige Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Joachim Gauck, hat am 6. Juni bekannt gegeben, daß er nicht erneut für sein Amt als Staatsoberhaupt kandidiert und damit sich seine Amtszeit nicht verlängert, weshalb die nächste Bundespräsidentenwahl durch die 16. Bundesversammlung am 12. Februar 2017 stattfinden wird. Seit dem 18. März 2012 bekleidet er dieses höchste Staatsamt.

Die Bundesversammlung ist ein nichtständiges Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland, dessen einzige Aufgabe es ist, den Bundespräsidenten zu wählen. Sie besteht aus den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und einer gleichen Zahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder (Landtage, Berliner Abgeordnetenhaus, Hamburgische und Bremische Bürgerschaft) gewählt werden.

Wer Kandidat wird, ist übermächtig von der vorhersehbar parteipolitischen Stimmverteilung in der Bundesversammlung und von parteitaktischen Abwägungen geprägt. Der Vorschlag aus der SPD, Frank-Walter Steinmeier (derzeit Bundesaußenminister) als Kandidat zu küren, wurde daher auch prompt von der Bundeskanzlerin Angela Merkel abgelehnt, da Steinmeier (welcher in der Bevölkerung recht beliebt ist), eben ein SPD-Mitglied ist und keines der CDU. Es ist wieder ein unwürdiges Parteiengeschacher um das höchste Amt im Staate, welches jetzt wieder begonnen hat.

Die Person für dieses höchste Staatsamt sollte eigentlich vom Volk direkt gewählt werden dürfen. So zumindest will es die Bevölkerung. Im Internet gibt es bereits eine online-Petition, die dafür wirbt, zumindest doch Vorschläge für die Bundespräsidentschaft aus der Bevölkerung zuzulassen (<https://www.change.org/p/lassen-sie-vorschlaege-fur-die-bundespraesidentschaft-aus-der-bevoelkerung-zu-gauck>).

Eine Änderung des Wahlrechts zum Bundespräsidenten wird schon lange gefordert, damit

Volkes Wille hier endlich berücksichtigt wird. Aber die sogenannten Volksvertreter wollen es sich nicht nehmen lassen, ihn selbst zu wählen. Stärkt der Kandidat doch entweder die Regierung, sofern er diese favorisiert, oder falls nicht, gegenteilig die Opposition, obwohl der Bundespräsident neutral sein soll und eher repräsentative Aufgaben hat.

Ob Joachim Gauck im Jahre 2012 auch Volkes Wille war, läßt sich immer noch bezweifeln (er war damals dem Volke ja auch weitgehend unbekannt). Und ob der oder die Persönlichkeit, wer als nächstes das Bundespräsidentenamt bekleiden wird, eine Person sei, die auf des Volkes Willen ihr Amt ausfüllen kann, wird sich noch zeigen. Und wenn nicht?

Wie wäre es dann mit einem »Alternativ-Bundespräsidenten« (männlich, weiblich oder eines anderen [intersexuellen] Geschlechts), den das Volk selbst wählt?

Doch wer stellt die Kandidaten und wie werden sie gewählt? Und wer führt dieses Verfahren durch?

Können sich Parteien einer solche Aufgabe annehmen? Oder eher außerparlamentarische Organisationen? Sie müssen es auch finanzieren können (notfalls mit Hilfe von Spenden). Und wie läßt sich die Bevölkerung beteiligen? Ein Wahlverfahren wie die Bundestagswahl?

Und wer schlägt die Kandidaten vor? Es ist klar, so einfach wird das nicht zu bewältigen sein, den Bundespräsidenten vom Volke wählen zu lassen. Daher muß man erst einmal

Vorschläge ausarbeiten und über diese diskutieren. Letztendlich muß der Kandidat auch von der Bevölkerung als alternativer Bundespräsident anerkannt werden.

Nun mache ich hier einen Anfang und stelle einen Vorschlag vor (in Kurzfassung):

Jeder ab 16 Jahren kann sich bewerben (im Gegensatz zu den offiziellen Bundespräsidentenwahlen, wo das Mindestalter 40 Jahre beträgt). Ausgewählt wird aber nicht wie üblich per Stimme, sondern per Losverfahren. Ob der Kandidat für eine solche Aufgabe geeignet ist, entscheidet eine Kommission, die ihn prüft.

Da es sich um ein ehrenvolles Amt handelt, sollte der Kandidat auch geeignet sein, es rechtschaffen auszufüllen (was man auch bei den offiziellen Bundespräsidenten nicht immer weiß, siehe: Christian Wulff, der schon nach 19 Monaten wieder zurücktreten mußte). Besteht der Kandidat die Prüfung und nimmt er das Los an, so kann er für längstens 6 Monate Alternativer-Bundespräsident sein. Danach ist ein anderer Kandidat am Zuge.

Auch wenn dieser Vorschlag jetzt keine Begeisterungstürme auszulösen vermag, so läßt sich doch über Vor- und Nachteile eines solchen Verfahrens viel diskutieren. Möglicherweise gibt es bessere, die vielleicht hier noch eingehen und vorgestellt werden. Aber ein kleiner Anfang ist damit gemacht.

P.S.: Der Gedanke (rein fiktiv) an einer alternativen Bundesregierung, liegt da auch nicht mehr fern.

PIERRE SENS

Lyrik in Joachimsthal

Joachimsthal (ga/bbp). Zur Eröffnung des »Lyrikhauses« am 21. Mai kamen 100 Leute den Weg in die Kleinstadt am Grimnitzsee. Wegen des schönen Wetters wurde die Veranstaltung kurzerhand nach draußen verlegt. »Ein Glück«, meint Lyrikhaus-Chef Gisbert Amm, »denn wir hätten die vielen Menschen nur mit Mühe in den Laden hineinbekommen. Es war ein außergewöhnlich aufmerksames und waches Publikum. Wo sonst gibt es schon bei Lesungen nach fast jedem Text einen Zwischenapplaus.«

Viele der Gäste blieben im Anschluß noch am Lagerfeuer, »bis der Vollmond über dem Haus erschien«.

Die nächste Lesung in dem neuen Lyrikhaus in der Joachimsthaler Glockenstraße 23 gibt es am 9. Juli, um 19 Uhr: »Opgaän in verwondering – Aufgehen im Wunder. Erinnerung an Jos Delisse.« JOS DELISSE, der im Rahmen seiner Tätigkeit für ATD Vierte Welt* in Joachimsthal weilte und im Sommer 2015 auch das Lyrikhaus besuchte, als es noch Baustelle war, ist am



19. März 2016 entschlafen. Wir gedenken seiner mit Liedern und Gedichten, die er hinterlassen hat – unter anderem aus seinem Gedichtband »Opgaän in verwondering«, den er dem Lyrikhaus gestiftet hatte. Der Eintritt ist frei.

I

*Im Chaos nach dem Urknall
waren Worte Orte der Ordnung
entlang von Linien aus Licht und Liebe gebildet
Galaxien, Planeten und Leben
eine sich noch immer ausdehnende Schöpfung
gestützt und geschoben durch unendliche Reihen
wachsender Verse in unzähligen Sprachen*

II

*Feuer aus Geist – flammendes Argument
Erde aus Feuer – Begründung
Wasser aus Erde – Lebenselixier
Luft aus Wasser – Atem
Land kriecht aus den Ozeanen
mit der Sehnsucht nach Leben
Geflügelte Worte
wählen den Himmel
Vögel
schreiben Gesetze
an ein vorurteilsloses
Firmament*

* ATD Vierte Welt ist eine internationale Nichtregierungsorganisation, die sich für die Menschenrechte, den Frieden und die Anerkennung der Würde jedes Menschen einsetzt. (Wikipedia)

ESSEN – immer mit der Ruh(r)e

von Jürgen Gramzow

Na gut, sagte sich der Onkel, um den Neffen und der berufsgestreßten Schwester nicht zu sehr auf die Nerven zu fallen: Verbinden wir das eine mit dem anderen! Ein Tag des NRW-Besuches wurde nun reserviert für eine Fahrt nach Essen, nicht in die Perle des Reviers, sondern in seine Hauptstadt. Einmal essen in Essen, das muß man als Deutscher doch mal gemacht haben...

Die S7 fuhr an der Wuppertaler Schwebebahn entlang, die im 7-Minuten-Takt auf etwa 20 Stationen die Bergische Großstadt durchpult. Umsteigen am Hauptbahnhof. Die S9 nun hat wesentlich mehr Waggonen und fährt recht zügig, dafür hat sie kein WC an Bord. Nach dem Sonnborner Kreuz biegt sie nach Norden ab und fährt über Velbert nach Haltern am See. Die rote Schnellbahn schlängelt sich durchs Bergische Land, und im Nachbarabteil unterhalten sich zwei indische Frauen, hübsch gekleidet, angeregt in einer mir fremden Sprache.

Die Großstadt kündigt sich mit Attraktionen im Grünen an: mit Fußballplätzen, mit Reitställen und Dressuranlagen, die einerseits durch den männlichen, andererseits durch den weiblichen Nachwuchs rege genutzt wurden. Und dann über die Ruhr, einen ehemals verdreckten Fluß, der seinen Ursprung im Sauerland hat und der Hagen, Witten, Essen und Mülheim passiert, bevor er bei Duisburg in den Rhein mündet. Im Stadtteil Essen-Kupferdreh weitet sich die Ruhr zum Baldeneysee und bietet mittlerweile ein beliebtes Naherholungsgebiet. In Kupferdreh sieht man die ersten Industriebauten vorbeiziehen, und der märkische Besucher fragt sich: Wird dort noch überall gearbeitet?

Na, am Muttertag bestimmt nicht. Dafür bot die Essener Verkehrsgesellschaft ein besonderes Programm: Die Tram- und U-Bahnlinien, die im Zentrum auf gemeinsamem Gleis die Altstadt unterqueren, führen nur bis Haltestelle Rathaus. Pendelverkehr mit Bussen! Im surrealen bläulichen Licht der dunklen unterirdischen Central Station von Essen sammelten sich viele Leute, die nach Anschluß suchten. Auch viele dunkle Menschen, die aber keineswegs furchteinflößend waren.

Weniger nett war ein Ruhrgebiets-Germane: »Das ist wieder einmal typisch. Fährt man einmal S-Bahn, und dann so etwas! Man kann eigentlich nur noch AfD wählen!« Er plusterte sich richtig auf und suchte Bestätigung. »Du wohlgenährter Spießler! Du hast es gerade nötig, dich aufzuregen. Drehst gleich am Rad wegen so ein bißchen Pendelverkehr!« – das dachte sich der Onkel und stieg nach einer Station wieder aus.

Die Innenstadt begrüßt den Besucher mit einem riesigen Karstadt aus den 50er Jahren und auch die übrige Bebauung entstand größtenteils nach dem verheerenden Krieg. »Schönes Essen!« steht auf den Postkarten. Hier bietet sich doch wohl eher ein Fragezeichen an. Die Haltestelle Rathaus wurde mit einer Shopping-Galerie überdacht, die am Sonntag etwas

trostlos wirkt. Leben sucht der Besucher in der sonntäglichen Essener Innenstadt vergeblich.

Doch, es kam etwas Leben auf den Besucher zu: Nachdem er das stolze Bronzedenkmal vor der Kirche bewunderte, das keinen König, keinen Herrscher, keinen Denker und keinen Dichter zeigte, nicht einmal einen Philosophen, sondern Alfred Krupp, den Industrie-Baron des Ruhrgebiets, da kam ein junger Mann auf den sichtlich Ortsfremden zu und bat um 20 Cent, er müsse wieder nach Hause nach Gelsenkirchen und habe das Fahrgeld nicht. Das linke Auge des jungen Mann war stark bläulich angelaufen. Er tat mir leid, also kramte ich ihm 20 Cent heraus. Er war's zufrieden und trollte sich.

Wenn das kein Déjà-vu war: Von genau dieser Gelsenkirchen-Masche hatte ich eine Woche vorher im Radio gehört. So ist das Leben! In der Einkaufswüste von Essen. Die Ruhrgebiets-Metropole hatte aber viel Besseres zu bieten, nämlich das Folkwang-Museum mit interessanten Sonderausstellungen und einer ständigen Sammlung Moderner Malerei, in die es freien Eintritt gab. Finanziert wurde und wird das Ganze, ebenso wie der helle, lichte, aber streng puritanisch rechtwinklige Museum-Neubau des Star-Architekten Chipperfield durch die Alfred-Krupp-von-Bohlen-und-Halbach-Stiftung, gewidmet den Bürgern der Stadt Essen.

Nach den Riesen-Fotos von einmaligen Technik-Apparaturen der wissenschaftlichen Hochtechnologie, ging's zum Museums-Café, den Magen auffüllen. Das Essen in Essen lautete also: ein Rhabarberkuchen und eine Tasse Kaffee. Die nette Bedienung wollte mir eine Freude antun, und streuselte etwas Zucker in 5 mm Korngröße über den Kuchen. Der Gast probierte ein Stückchen, doch der Zucker war so hart wie Kruppstahl! Das fehlte mir gerade noch, eine zahnmedizinische Notfallbehandlung am Muttertag! Und so befreite ich mühsam den leckeren Kuchen von seinem zweifelhaften Belag. Das Essen tat gut ...

Der Museumshop war ein Muß und der Essen-Besucher steuerte den Bahnhof mit einem Kühlschrank-Magneten in der Tasche an, der Trophäe des Tages. Doch die eigentliche Herausforderung kam noch: Ich wollte mit dem VRR-Tagesticket von Essen über Duisburg und Düsseldorf zurück ins Bergische Wuppertal. Essen Hauptbahnhof, Gleis 2: der Regionalexpress nach Düsseldorf hat ca. 35 min Verspätung wegen einer »polizeilichen Vernehmung«. Na gut, man kann ja auch bis Duisburg und dort umsteigen, sagte sich der Fahrgast, und

nahm den nächsten Zug Richtung Mönchengladbach.

Mit ihm im Abteil saß ein korpulenter schwitzender Mann mit Bierflasche in der Hand und rechterhand sah man die einzige Kohlenzeche des Tages am Horizont. Nach Mülheim an der Ruhr, das keinen bleibenden Eindruck hinterließ, war man schon im Duisburger Hauptbahnhof. Aussteigen? Nein, drinnenbleiben, denn es wurde angesagt: »Wegen Streckensperrung bei Krefeld wird dieser Zug über Düsseldorf umgeleitet!« Eine schöne Zugabe, denkt sich der Reisende erleichtert.

Zwischen Duisburg und Düsseldorf ist viel Grün, weite Landschaft und offene Felder. Man ist hier auf dem Land. Und dann kommt der Flughafen der Landeshauptstadt. Es startete gerade ein Flugzeug, in Richtung, aus der der Wind kam, nämlich Osten. Düsseldorf macht vom Zug aus nicht viel her. Man sieht vor allem Mauern mit Graffiti. Für meine Schwester ist Düsseldorf »die verbotene Stadt«. Aber das ist ein anderes Thema.

Im Bahnhof wimmelt es vor Menschen. Menschen aller Hautfarben und Akzente suchen ihr Ziel. Ich suche eine Anzeigetafel, auf der die S8 nach Wuppertal steht. Ahh, dort: auf Gleis 4 in 5 Minuten! Von Gleis 4 kam ich gerade. An der Treppe unten muß ich nun warten, denn ein Schwall Menschen ergießt sich hinunter. Oben auf dem Bahnsteig spricht mich ein etwa gleichaltriger Mann an, ob denn hier der Zug nach Wuppertal fahre. Ja, ich denke schon, sehen Sie, da steht es an der Anzeige. Dann steht wieder »Zug fährt durch!« und es fährt ein Zug ein, der aber hält. Nun gar keine Anzeige. Die Leute steigen trotzdem ein. Der Mann und ich auch, nachdem die Anzeige endlich auf »Hagen, über Wuppertal« wechselt.

Der Mann ist anhänglich. Er setzt sich zu mir ins Abteil und meint, in Düsseldorf sind heute so viele Menschen, eine Demonstration war auch. Was denn für eine Demo? Das weiß er nicht. Seine Augen blicken in verschiedene Richtungen, eins nach rechts, das andere nach links oben. Mit welchem Auge sehen Sie denn, will ich wissen. Hier, das hier, zeigt er auf sein rechtes Auge; und es starrt mich an, wie aus einer anderen Welt. Hier riecht es aber merkwürdig, wie im Zoo, stelle ich fest. Ein anderer Fahrgast geht durch den Gang vorbei und schimpft auch über den Gestank. Mein Nachbar scheint das nicht zu bemerken. Ich unterhalte mich noch ein wenig mit ihm, er ist ein lieber Kerl, bis er in Wuppertal-West aussteigt.

Der Zoo-Duft verzieht sich langsam und bis Wuppertal-Hauptbahnhof ist es nun nicht mehr weit. Dort, im Stadtzentrum, befindet sich ein riesiger Mondkrater von zehn Fußballfeldern Größe, in dem wahrscheinlich ein neues Einkaufszentrum entstehen soll. Vielleicht wird der Konsumtempel »Wupper-Center« heißen, in drei Jahren; und wenn dann die Bergische Ehefrau dort auf Shopping-Tour geht, sagt der Ehemann nur: »Unser Geld geht wieder über die Wupper!«

Der Krieg im Osten hat Tradition. Am 22. Juni jährt sich der Überfall der deutschen Faschisten auf die Sowjetunion zum 75. Mal. Mit dabei waren aus Eberswalde die Soldaten der Schützenregimenter (später Panzergrenadierregimenter) 3 und 394, die an der Bernauer Heerstraße stationiert waren sowie das Artillerieregiment 75, das in der Kaserne nördlich von Sommerfelde lag.

Die beiden Schützenregimenter bildeten mit dem Kradschützenbataillon 3 aus Bad Freienwalde die Schützenbrigade 3, das Infanteriekontingent der 3. Panzerdivision. Zu der Ende 1935 aufgestellten 3. Panzerdivision gehörten außerdem die Panzerregimenter 5 in Bernau und 6 in Neuruppin sowie weitere Truppenteile in Stahnsdorf, Rheinsberg, Rathenow und Wünsdorf.

Die Eberswalder Regimenter 3 und 75 hatten bereits die »Blitzkriege« gegen Polen und Frankreich mitgemacht und reiche Kampferfahrungen im modernen Krieg gesammelt. Im November 1940 wurde ein zweites Schützenregiment aus Einheiten des Infanterieregiments 394 und Teilen des Schützenregiments 3 gebildet. Kommandeur der 3. Panzerdivision war seit November 1940 der spätere Generalfeldmarschall Walter Model, der wegen seiner Verbrechen an der sowjetischen Zivilbevölkerung später von der Sowjetunion als Kriegsverbrecher gesucht wurde.¹

Am 31. Mai 1941 erhielten mit der 3. Panzerdivision auch die Eberswalder Regimenter den Marschbefehl nach Osten. Bis Mitte Juni bezogen die Truppen der 3. Panzerdivision als Bestandteil des XXIV motorisierten Armeekorps der Panzergruppe 2 ihre Angriffsstellungen im Raum Brest-Litowsk.

Am Morgen des 22. Juni überschritt das XXIV. Korps bei Wlodawa den Bug und stieß südlich der Brester Festung als rechter Flügel der Panzergruppe 2 auf sowjetisches Territorium vor. Nach vier Tagen hatte die 3. Panzerdivision bereits bei Sluzk den gleichnamigen Fluß überwunden und stand 350 Kilometer hinter der sowjetischen Grenze. Als am 28. Juni die deutschen Panzerspitzen Minsk erreichten, waren große Teile der sowjetischen Westfront bei Belostok und Nowogradok eingeschlossen. Deren Widerstand währte noch bis Mitte Juli und band rund die Hälfte der Divisionen der Heeresgruppe Mitte. Mehrere größere Gruppen konnten Ende Juni/Anfang Juli noch aus dem Kessel ausbrechen.

Die beiden Panzergruppen 2 und 3 waren inzwischen weiter nach Osten vorgedrungen und hatten an mehreren Stellen die Beresina überwunden, wie die 3. Panzerdivision am 28. Juni bei Bobrujsk.

Die vorübergehende Zusammenfassung der beiden Panzergruppen als 4. Panzerarmee sollte die Stoßkraft erhöhen. Den Befehl, bereits im August Moskau einzunehmen, konnten sie aber nicht erfüllen, da das sowjetische Oberkommando bei Smolensk aus 4 Reservearmeen eine neue Verteidigungsfront aufbauen konnte.

Vor 75 Jahren:

Der gescheiterte »Blitzkrieg«

22. Juni 1941: Überfall auf die Sowjetunion. Die Eberswalder Schützen waren dabei

Die Bundeswehr rüstet auf. In den nächsten Jahren soll die Truppe der Kriegsministerin von der Leyen neue Brückenlegepanzer, modernere Funkgeräte sowie Ausrüstung zum Verlegen von Minensperren bekommen. Außerdem soll ein Bataillon mit rund 600 Soldaten nach Litauen verlegt werden. All das »wegen der geänderten Bedrohungslage« nach dem Wechsel der Krimrepublik in die russische Föderation. Jüngst übte die NATO in Polen mit 30.000 Mann den Krieg gegen den Feind im Osten. Weitere Großmanöver im Baltikum folgen unmittelbar.



Eberswalde, Heegermühler Straße am 10. Juli 1940: Unter dem Jubel der Eberswalder Bevölkerung zieht die 6. Kradschützenkompanie des Schützenregiments 3 nach dem gewonnenen »Blitzkrieg« gegen Belgien und Frankreich in Eberswalde ein (siehe BBP 6/2005). Von ihrem Zug gen Osten kehrten die meisten Eberswalder Schützen nicht mehr zurück.

Die 3. Panzerdivision kämpfte weiter im Bestand des XXIV. Korps an der Südflanke der Angriffsgruppierung, durchbrach vom 10. bis 12. Juli die sowjetische Verteidigung am Dnjepr südlich von Mogiljow und stieß in Richtung Kritschew und Roslawl vor. Dabei wandte sich die 3. Panzerdivision gegen Mogiljow, wo zäher Widerstand geleistet wurde. Die anderen Verbände der 4. Panzerarmee durchbrachen nördlich von Mogiljow und bei Witebsk die Front und konnten am 16. Juli Smolensk einnehmen. Sowjetische Gegenoffensiven zwischen dem 21. Juli und 7. August ermöglichte es den beiden westlich Smolensk abgeschnittenen sowjetischen Armeen, aus der Einschließung auszubrechen. Die sowjetischen Gegenoffensiven zwangen die Heeresgruppe Mitte dazu, am 30. Juli mit ihren Hauptkräften zur Verteidigung überzugehen.

Im ersten Kriegsmonat hatten die 3. Panzerdivision und ihre Regimenter erhebliche Verluste erlitten und wurde wie die anderen Panzer- und motorisierten Verbände Anfang August mit Ersatztruppen und neuem Material aufge-

füllt. Doch schon am 8. August begann der nächste Angriff der Panzergruppe 2. Aber nicht in der Hauptrichtung auf Moskau, sondern nach Süden in den Rücken der sowjetischen Zentralfront, deren Armeen ihrerseits die rechte Flanke der Heeresgruppe Mitte 300 Kilometer tief umfaßt hielten.

G.M.

(Fortsetzung folgt)

1 – Im April 1945 verübte Generalfeldmarschall Model Selbstmord. Die von ihm befehligte Heeresgruppe B war von der US-Armee im sogenannten »Ruhrkessel« eingeschlossen und vernichtet worden.

Quellen: – Geschichte des zweiten Weltkriegs, Bd 4, Militärverlag der DDR, Berlin 1977, Aus dem Russischen (Originalausgabe Moskau 1975)

– Wassilewski, A. M.: Sache des ganzen Lebens, Militärverlag der DDR, Berlin 1977

– Bagramjan, I. Ch.: So begann der Krieg, Militärverlag der DDR, Berlin 1972

– Percy E. Schramm (Hrsg.): Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, Bd. 1-2 (1.8.1940-31.12.1941), Weltbild Verlag, Augsburg 2007

– Wikipedia (3. Panzer-Division (Wehrmacht), Walter Model, Kesselschlacht bei Bialystok und Minsk, Kesselschlacht bei Smolensk).

15 Jahre Zonenboys:

Landesmeisterschaft im Beachhandball

Die Beachhandballer vom ZONENBOYS EBERSWALDE E.V. feiern am Wochenende vom 8. bis 10. Juli ihr 15-jähriges Bestehen.

2001 als eines der ersten reinen Beachhandball-Teams gegründet, wuchs die Mitgliederzahl stetig und viele Fun-Turniere aber auch Deutsche Meisterschaften wurden angereist und gespielt. Besonders wichtig für uns hierbei war, den Beachhandballsport in der Region Berlin/Brandenburg zu etablieren. Deshalb organisierten wir uns 2008 als eingetragener Verein. Bis 2011 nahmen wir jährlich an der Brandenburger Landesmeisterschaft teil, die es seitdem leider nicht mehr gibt.

Mit einem Beachhandballturnier am Samstag, dem 9. Juli, anlässlich unseres Jubiläums, wollen wir diese alte Tradition in Form der offenen Landesmeisterschaft Brandenburg für je 6 Frauen- und Männermannschaften wieder aufleben lassen und dann auch für die Zukunft aufrechterhalten. Deshalb rufen wir alle ambitionierten Teams auf, sich uns anzuschließen und Teil dieses Turniers zu werden.

Unser zweites sportliches Steckenpferd wurde im Jahre 2011 ins Leben gerufen, als wir erstmals das Eberswalder Völkerballturnier der Toleranz veranstalteten, das sich seitdem großer Beliebtheit erfreut und zu einer festen Größe in der Region Barnim herangewachsen ist. In diesem Jahr fand das Turnier bereits zum 6. Mal statt, welches die verschiedensten Menschen zusammenbringt und in sportlich fairen Wettkämpfen Teil eines großen Ganzen werden läßt.

Aus Liebe zu dieser für viele sicher noch aus dem Schulsport bekannten Sportart möchten wir auch hier am 9. Juli ein Turnier unter frei-

em Himmel organisieren und alle interessierten (Mixed) Teams recht herzlich dazu einladen. Zu den beiden Turnieren sollen natürlich noch das ein oder andere Leckerbissen für dieses besondere Fest hinzukommen. Neben kleinen Überraschungen, welche hier noch nicht verraten werden sollen, lautet der grobe Ablaufplan für das Wochenende wie folgt:

Freitag, 8. Juli

- Möglichkeit der Anreise für die teilnehmenden Teams des Beachhandball- sowie Völkerballturniers
- Präsentation / Lesung der Vereinschronik
- Try Out Training mit den Zonenboys
- Im Anschluß Welcome Party

Samstag, 9. Juli

- Ab 11 Uhr Beachhandball- sowie Völkerballturnier
- Im Anschluß Players Party mit der Live-Band »What about Duba?« (Classic and Modern Rock)

Es besteht an beiden Tagen die Möglichkeit, vor Ort zu zelten. Wir freuen uns auf euch und fiebern einem hoffentlich heißen Wochenende im Juli entgegen!

MIRKO WOLFGRAMM

Offene Landesmeisterschaft im Land Brandenburg in der Sportstätte des Ostender SV Eberswalde e.V., Bernauer Heerstr. 59, 16225 Eberswalde.

Startgebühr: 30 € pro Team

Pro Zelt 2,50 € sowie pro Kopf 2,50 € je Nacht.

Freier Eintritt zur Welcome-Party am Freitag sowie zur Playersparty am Samstag.

Anmeldung unter www.zonenboys.org, Tel.: 0172/3811257, eMail: zonenboys@freenet.de, Facebook: <https://www.facebook.com/zonenboys.eberswalde>

Rentenberatung

Rentenempfänger haben die Möglichkeit, einmal im Monat Fragen und Probleme zu ihren Rentenbescheiden durch Mitarbeiter der Brandenburgischen Renteninitiative klären zu lassen. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen. Die Sprechstunden finden einmal monatlich, am 2. Mittwoch im Monat, im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde, statt. Der nächste Termin ist am Mittwoch, 13. Juli, 10 bis 12 Uhr. Auf Grund von Urlaub fällt die Rentensprechstunde im Monat August aus. Die darauffolgende Sprechstunde findet am Mittwoch, den 14. September, statt.

ANDREA HOEHN

Wald- und Wiesenfest

Am 26. Juni laden die NaturFreunde der Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland e.V. zu einem Kinderwald- und Wiesenfest mit Schatzsuche, Eierlauf, Sackhüpfen, Schnipseljagd, Sagen und Märchenerzähler und mehr ein. Kaffee, Milch und Kuchen sind vorrätig. Anmeldung unter 03344-3002881 erforderlich.

Treff: 13.30 Uhr NaturFreunde, Danckelmannstrasse 28, 16259 Bad Freienwalde; Gebühren: 1 Euro pro Person, Mitglieder frei

BERND MÜLLER

Kunterbunter Märchenwald

Bernau (bbp). Unter dem Motto »Kunterbunter Märchenwald« findet am Samstag, den 9. Juli, ab 14.30 Uhr in Bernau Waldfrieden (Franz-Mehring-Straße 8a) ein Kinderfest statt. Die Waldstrolche e.V., die bereits das Begegnungsfest an der Lanker Straße tatkräftig unterstützt haben, laden nun zu ihrem traditionellen Kinderfest ein. Viele Überraschungen warten auf die Gäste. Das beste Kostüm wird prämiert.

Sommer in der Mühle

Eberswalde (mühle). Die »Schwärzbäcker« vom Kunstverein »Die Mühle e.V.« laden ein zum Backen im Lehmbackofen im Garten der Zainhammermühle. Jeden 2. Samstag im Monat von 10 bis 14 Uhr ist der Ofen angeheizt! Bringen Sie ihren selbst angesetzten Brotteig mit und probieren Sie das Backen im Lehmbackofen aus. Verbindliche Anmeldung (bitte bis eine Woche vorher) unter eMail: kwerkus@gmail.com oder Mobil: 0173/6337910.

Kunstverein »Die Mühle e.V.«,
Am Zainhammer 3b, 16225 Eberswalde

7. Sommerkabarett in Werneuchen:

Nett gemeint

In Europa herrscht Aufbruchsstimmung – und das nicht nur bei rumänischen Langfingern: Die Österreicher gehen an ihre Grenzen, die Polen testen neue Regierungsformen, die Franzosen lassen es im Nahen Osten krachen und die Deutschen versuchen mit Pauschalierungen den Überblick zu behalten.

Selbst Islamisten stellen fest, daß es in der Weltpolitik zurzeit nicht ganz koscher zugeht. Aber auch in einer Zeit, in der wir uns weder auf VW noch auf die FIFA verlassen können, gibt es Trost. Denn die Rufe besorgter Bürger, die Verschönerung von CO₂ Bilanzen und der Niedergang der griechischen Demokratie haben eines gemeinsam: Sie sind nett gemeint.

HENNING RUWE und MICHAEL FEINDLER sagen: Das ist immerhin ein Anfang. Die beiden Wahlberliner müssen es ja wissen. Sie haben schließlich weite Teile ihrer Jugend in Ahaus und Wuppertal verbracht. Bei dem einen Ort ist die Bezeichnung Stadt, beim andern die Architektur nett gemeint.

Wenn Ruwe und Feindler ironisch-bissig die politische Weltbühne betrachten und an die Wand spielen, versuchen sie stets nicht den guten Willen aus den Augen zu verlieren: Solange die NSA alle Daten speichert, müssen wir das nicht selbst tun. Und Menschen, die an der bayerischen Grenze abgewiesen werden, müssen Horst Seehofer nicht kennenlernen. Merkels Gerede von der Alternativlosigkeit war am Ende doch nur eine freundliche Warnung vor Leuten, die sich als Alternative für Deutschland verstehen. Und wenn die Jugend Kabarett macht, ist sie wenigstens weg von der Straße.

Hinweis: Sollte man im Laufe des Programms das Gefühl haben, das Dargebotene sei an einigen Stellen gemein, so tröstet hoffentlich die Feststellung: Es ist nett gemein.

ALEXANDER HORN

Zum 7. Sommerkabarett lädt Die Linke Basisorganisation Werneuchen/Ahrensfelde am 2. Juli, um 19 Uhr, in den Adlersaal Werneuchen (Berliner Allee 18a) ein.

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42

Tag der Architektur:

Der Neue Blumenplatz

Am 26. Juni gibt es deutschlandweit den Tag der Architektur. Neu gebautes wird von seinen Planern der Öffentlichkeit präsentiert. In Eberswalde ist es der Neue Blumenplatz vor dem Humboldt-Gymnasium. Um 13, 15 und 17 Uhr führe ich Besucher durch die Grünanlage. Der Neue Blumenplatz vor dem Humboldt-Gymnasium ist als öffentliche Grünfläche ein Sonderfall, da er von einer Initiativgruppe unentgeltlich in der Freizeit umgestaltet und gepflegt wird.

Initiator ist der Schauspieler Schortie Scheumann, der 2011 alles ins Rollen brachte und es geschafft hat, daß der Jahnplatz umbenannt wurde. Der gedankliche Hintergrund ist ein Gedicht von Czesaw Miosz »Campo de' Fiori«, zu deutsch Blumenplatz. Sinn für Symbolik bewies ein auf dem Platz stehender Bergahorn, der sich einen Teil des alten Platznamensschildes einverleibt hat.

Die Umgestaltung erfolgte 2011 noch zaghaft: Erste Blumenzwiebeln wurden gesteckt, einige Stauden gepflanzt, Umweltmittel beantragt. Richtig los ging es dann 2012: Ein riesiger, von Schortie Scheumann gespendeter und Bruno genannter Eichenstamm, schwebte an einem Kran auf den Platz und setzte einen ersten Akzent. Beim Freiwilligentag machten viele den Platz urbar. Mitarbeiter des Bauhofs der Stadt Eberswalde, der uns seitdem mit Baumaterial und technischen Leistungen hilf-

reich zur Seite steht, lieferten große Sandsteinquader und pflanzten drei Bäume.

Einwohner spendeten Stauden oder praktizieren das lästige aber nötige Unkrautjäten. Und es gibt die erwähnte Initiativgruppe, quasi eine Pflanz-Patenbrigade, die im Wochenrhythmus das Grün pflegt.

Aus dem tristen Rasenplatz ist inzwischen ein richtiger Blumengarten geworden, wo aktuell hunderte Königskerzen den Platz erleuchten und dutzende blauer Natternköpfe den Platz in der farblichen Balance halten. Wenn Sie sich das nicht entgehen lassen wollen, sind Sie herzlich eingeladen. **ANDREAS TIMM**

Joachimsthal:

Sex Pistols im Heidekrug

In Verbindung mit der Jamie Reid-Ausstellung in der Weißen Villa am Wasserturm, die am 17. Juni eröffnet wurde, zeigen wir am Freitag, dem 24. Juni, um 19.30 Uhr den Film »The Great Rock 'n' Roll Swindle« (UK 1980), eine stilisierte, fiktionale Version der Geschichte der SEX PISTOLS, ihren Aufstieg und spätere Auflösung aus der Perspektive ihres damaligen Managers Malcolm McLaren. Regie: Julien Temple (103 Minuten, FSK: 16, Original mit Untertiteln). Der Eintritt beträgt 6 €. Weitere Informationen auf www.heidekrug.org.

GISBERT AMM

RotFuchstreffen

Die Eberswalder RotFuchs-Gruppe trifft sich monatlich an jedem ersten Montag im Monat um 17 Uhr im BBZ Amadeu Antonio, Raum 2.25, zu einer fast immer interessanten Plauderrunde. Das nächste Treffen ist am Montag, dem 4. Juli.

Die nächste größere Veranstaltung gibt es am Mittwoch, den 14. September, um 17 Uhr, im Saal des Bürgerbildungszentrums Eberswalde, Puschkinstraße 13 ein Vortrag unter dem Motto »Hinter die Kulissen blicken«. Thema: Was verschweigt und verfälscht das offizielle Feindbild Terrorismus? Referent ist Dr. Udo Stegemann

RotFuchs-Gruppe Eberswalde

Bildung durch fernsehen?

Der deutsche Michel schaut Fernsehen und trinkt sein Bier. Ruft ganz erfreut: Leck mich am Arsch! Das Land der Dichter und Denker, das sind wir! Armer Michel, wann reißt du mal deine Schlafmütze von deinem Brummschädel und stellst fest, wohin dein Land driftet!

ELISABETH MONSIG

Redaktionsferien

Mit der aktuellen Bürgerpost halten Sie die bereits die Juli-Ausgabe in Ihren Händen, obwohl noch einige Juni-Tage vor uns liegen. Wir haben etwas vorgearbeitet, um uns im Sommer eine kleine Pause gönnen zu können. Die Augustausgabe erscheint dann laut Plan am 9. August. Redaktionsschluß ist der vorherige Mittwoch, also am 3. August.

Redaktion und Herausgeberverein wünschen allen Leserinnen und Lesern einen schönen und erholsamen Sommer.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 15. Juni 2016

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 3. August 2016.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonent/in

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)